

Die Schweiz und der Eizenstat-Bericht

Referat anlässlich der Veranstaltung der Jungen SVP Schweiz, der
Jungen SVP des Kantons Bern und der Jungen Zukunft Schweiz (JZS)

21. Juni 1997, 10.15 Uhr im Kursaal Bern

von Nationalrat Dr. Christoph Blocher

(Der Redner behält sich vor, vom Manuskript abzuweichen.
Dabei gilt sowohl das geschriebene als auch das gesprochene Wort!)

Inhaltsverzeichnis

I.	Anmassung eines fremden Staatssekretärs	Seite 2
II.	Ein Angriff auf unsere Neutralität - ein Angriff auf das Völkerrecht	Seite 3
III.	Zum Vorwurf des "Legalismus": Macht gegen Recht	Seite 5
IV.	Hervorragende Schweizer Kriegs- und Aussenwirtschaft	Seite 7
V.	Vom alliierten Gold, vom deutschen Gold und vom Totengold	Seite 10
VI.	Zur angeblichen "Kriegsverlängerung" und "Gewinnsucht"	Seite 14
VII.	Der Gotthardvertrag: deutsche und italienische Transitrechte seit 1909	Seite 16
VIII.	Schlussfolgerungen zum Eizenstat-Bericht	Seite 17
IX.	Wir schämen uns unserer Geschichte nicht!	Seite 19
X.	Unglaubliche Kritiker der Schweiz	Seite 20
XI.	Das Schweizervolk lässt sich nicht erpressen	Seite 26

I. Anmassung eines fremden Staatssekretärs

Vor einigen Wochen ist in Amerika der sogenannte "Eizenstat-Bericht" veröffentlicht worden. Manche Politiker haben vor dieser Veröffentlichung gezittert wie das Kaninchen vor der Schlange. Und die inländischen Kritiker der Schweiz haben sich darauf gefreut wie kleine Kinder, die ihren Kameraden drohen: "Warte nur, bis der grosse Bruder kommt! Der wird es Dir dann schon zeigen!" Und der grosse Bruder ist gekommen!

Bis anhin waren es in- und ausländische Personen, private Organisationen - allen voran ein amerikanischer Senator und die Spitze des Jüdischen Weltkongresses -, welche unser Land verunglimpften, beschimpften, erniedrigten, bedrohten und Geld forderten. **Mit dem Eizenstat-Bericht hat die Auseinandersetzung eine neue Dimension erhalten.** Der amerikanische Staatssekretär Stuart Eizenstat erhielt gemäss seinem Bericht ein Mandat des amerikanischen Präsidenten Clinton, d. h. er spricht **offiziell im Namen des amerikanischen Staates** sein Urteil über unser Land aus. Lassen Sie mich das wiederholen: **Ein fremder Staat urteilt über unser Land. Darum ist dieses Urteil einer besonders genauen Prüfung zu unterziehen.**

Ich frage Sie: **Wie kommt eigentlich ein fremder Staat dazu, über die 50 Jahre zurückliegende Vergangenheit eines anderen souveränen Staates zu Gericht zu sitzen?** Was würde wohl umgekehrt in Amerika geschehen, wenn Bundesrat Cotti seinem Departement für Auswärtige Angelegenheiten sagen würde: "Ich habe das Gefühl, bei den Amerikanern ist vor und nach dem Zweiten Weltkrieg und im Vietnamkrieg dieses und jenes falsch gelaufen. Macht mir einen Bericht, damit ich den Amerikanern auf die Sprünge helfen kann, ihre Geschichte aufzuarbeiten?" Ein Aufschrei der Empörung und scharfe diplomatische Demarchen wären - zu Recht - die mindeste Reaktion der USA. Doch unser Bundesrat lässt entgegen jeder völkerrechtlichen Gepflogenheit unsere Diplomaten zu Hearings antraben. **Warum verbittet sich der Bundesrat diese Art des Umgangs mit einem souveränen Staat nicht ein für allemal? Wie kommt der Bundesrat dazu, Vertreter von privaten ausländischen Organisationen und Vereinen, die unser Land unentwegt beleidigen, wie Staatsleute zu empfangen?**

Wie sieht denn nun eigentlich dieser Eizenstat-Bericht aus? Er gliedert sich in einen kurzen **einleitenden** Teil mit einem **Vorwort** von Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat und in einen **Bericht- und Dokumententeil** von insgesamt rund 500 Seiten. Der innert sieben Monaten zusammengetragene Bericht berücksichtigt ausschliesslich amerikanische Archivalien und praktisch keine neuere Spezialuntersuchung. Viele Medien haben behauptet, der Bericht beruhe auf der Durchsicht von 15 Millionen Aktenseiten. In Wahrheit schreibt Eizenstat, man habe **begonnen**, einen 15-Millionen-Bestand durchzuarbeiten.¹

Für den einigermaßen informierten Zeitgenossen bringt das dicke Buch, obwohl sehr viele Spezialisten mitgearbeitet haben, kaum neue Erkenntnisse. Trotzdem kommt Eizenstats zusammenfassender Kommentar - unbelastet von den historischen Fakten - in schulmeisterlicher, selbstgefälliger und gegenüber einem souveränen Staat höchst anmassender Manier daher. Zahlreiche seiner sogenannten "Erkenntnisse" entbehren jeden Beweises und werden auch durch den Bericht selbst nicht gestützt. Entgegen früheren Ankündigungen **konzentriert sich die Einleitung im wesentlichen auf die Schweiz** und blendet die Rolle der Alliierten oder der andern Neutralen weitgehend aus. **Von besonderem Interesse ist Eizenstats Wertung, weil sie wohl von vielen als einziges gelesen wird und international auch am meisten Beachtung gefunden hat.** Sie soll im Folgenden etwas näher betrachtet werden.

¹ Kreis, Georg: Ringen um das "richtige" Geschichtsbild, Fragen zum jüngsten Deutungsversuch, in: "Neue Zürcher Zeitung" vom 17./18. Mai 1997, S. 87.

II. Ein Angriff auf unsere Neutralität - ein Angriff auf das Völkerrecht

Herr Eizenstat bezeichnet die Neutralität als "unmoralisch". **Bemerkenswert ist die Tatsache, dass Eizenstat damit dem schweizerischen Verhalten während des Zweiten Weltkrieges immerhin die Neutralität zubilligt.** Bemerkenswert deshalb, weil hierzulande manche - entgegen jeder Wahrheit - behaupten, die Schweizer hätten es im Grunde mit den Nazis gehalten.

Was ist vom ungeheuerlichen Vorwurf der **unmoralischen Neutralität** zu halten?

Dass es sich um eine **bewaffnete Neutralität** handelte, die immerhin von insgesamt 800'000 Wehrmännern verteidigt wurde², dass die Schweiz überhaupt eine Armee hatte, erwähnt Eizenstat mit keinem Wort. **Er übersieht, dass die Neutralität der Schweiz keine momentane Haltung im Zweiten Weltkrieg war, nicht opportunistischen oder anderen fragwürdigen Gründen entsprang, sondern einer historischen und völkerrechtlich fundierten Staatsmaxime, welche im Grunde im 16. Jahrhundert in Marignano begann, seit dem Dreissigjährigen Krieg eingehalten wurde und seit dem Wiener Kongress von 1815 integrierender Bestandteil des internationalen Völkerrechts ist.**³

Heute wird es der Schweiz geradezu als Fehler vorgeworfen, dass sie sich nicht am Krieg beteiligt hat. Bei allem Respekt vor der gewaltigen Leistung der Vereinigten Staaten von Amerika und seiner Alliierten bei der Befreiung Europas dürfen wir nicht vergessen: Die USA waren nach dem Ersten Weltkrieg massgebliche Vordenker des verhängnisvollen Versailler Vertrags, der dem späteren europäischen Kriegsgeschehen den Boden bereitete. **Kurz danach aber überliessen die USA Europa sich selbst** und führten noch nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs eine **Politik der "Nichtkriegsführung"**. **Hätten die Japaner Ende 1941 die USA nicht angegriffen, so wäre dieses mächtige Land dem Krieg wohl ebenfalls ferngeblieben. Umgekehrt wäre die bewaffnet neutrale Schweiz im Falle eines Angriffs durch die Deutschen genauso wie die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten.**⁴

Die Schweiz hat sich ja nicht einfach nur vom Krieg ferngehalten, sondern sie war für alle vom Krieg heimgesuchten Völker da. Sie übernahm freiwillig unzählige humanitäre Aktionen und vertrat als diplomatische Schutzmacht 43 Staaten, die vier Fünftel der Erdbevölkerung ausmachten.⁴ All dies wäre ohne Neutralität undenkbar gewesen. **Die schweizerische Neutralität diente also nicht nur dem Hausgebrauch, sondern in grossem Umfang auch dem Weltgebrauch.** Auch die USA haben die Schweizer Neutralität während des Zweiten Weltkriegs noch durchaus zu schätzen gewusst: Sie betrauten unser Land mit der Wahrnehmung ihrer diplomatischen Interessen gegenüber Deutschland und weiteren elf Feindstaaten.⁵ Die Vereinigten Staaten vertrauten der Schweiz die weltweite Betreuung ihrer Kriegsgefangenen an⁶, und sie betrieben auf sicherem Schweizerboden sogar ihr weitverzweigtes europäisches Spionagenetz! Heute, aus der Distanz von über fünfzig Jahren, verurteilt Eizenstat unsere Neutralität als "unmoralisch". Schon 1914, bei ähnlichen ausländischen Anfeindungen, hat Carl Spitteler, der Schweizer Literaturnobelpreisträger, den Schweizern zugerufen: **"Tue was du sollst, und kümmere dich nicht um die Folgen."**⁷ **Und das, was zu tun war, musste dem Schweizervolk nicht lange erklärt werden: Festhalten an der immerwährenden Neutralität. Denn eines war damals klar und ist heute klar: Wenn wir eine unserer obersten Staatsmaximen nach dem Willen ausländischer Mächte statt nach dem Willen des Schweizervolkes gestalten, ist unser Land als souveräner Staat verloren!**

² Eröffnungsrede des schweizerischen Delegierten Walter Stucki an den Washingtoner Verhandlungen, 18. März 1946, in: Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. 9, Basel 1976, S. 318.

³ Vgl. dazu Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität, 6 Bde und 3 Bde Dokumente, Basel 1965-1976. Neuerdings auch Chevallaz Georges-André: Die Herausforderung der Neutralität, Diplomatie und Verteidigung der Schweiz 1939-1945, Zürich 1997.

⁴ Bonjour, Bd. 9 (1976), S. 317.

⁵ Rings, Werner: Advokaten des Feindes, das Abenteuer der politischen Neutralität, Wien/Düsseldorf 1966.

⁶ Brief von Franklin D. Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, an den Schweizer Bundespräsidenten Eduard von Steiger vom 19. Januar 1945: "Wir sind tief verbunden für die Hilfe, die Ihre Regierung uns im Zusammenhang mit unseren Männern in deutscher Gefangenschaft und auf andere Weise erwiesen hat." Schweizerisches Bundesarchiv, 2001 (E), 2/555.

⁷ Spitteler, Carl: Unser Schweizer Standpunkt, Vortrag, gehalten in der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Gruppe Zürich, am 14. Dezember 1914, Zürich 1915, S. 14.

Die Vorwürfe Eizenstats sind nicht neu: Es gab und gibt - nicht nur ausserhalb, sondern auch innerhalb unseres Landes - immer Leute, die die Neutralität ablehnen. Beim Schweizervolk ist die Neutralitätsidee tief verankert, nicht aber bei unseren Politikern, unserer Regierung und - oft in der Geschichte und leider auch heute wieder - bei den hohen Militärs. Man empfindet sie in diesen Kreisen als eine - wie sie sagen - zu simple Antwort auf eine zunehmend "vernetzte, globalisierte Welt". **Wer es genau analysiert, entdeckt dahinter aber eher Unüberlegtheit, Unfähigkeit, Bequemlichkeit, auch Grossmannssucht.** Unsere über Jahrhunderte gewachsene Neutralität ist keineswegs simpel, sondern unglaublich anspruchsvoll! **"Es gehört Heroismus dazu, sich auf einer so unruhigen Weltkugel so wenig wie möglich zu bewegen"**, zitierte Professor von Salis den Ausspruch eines französischen Schriftstellers über die Schweiz.⁸ **Die Neutralität zwingt uns, diese im Ausland immer wieder zu erklären. Wir müssen dem Ausland immer aufs neue begreiflich machen, dass die schweizerische Neutralität nicht plötzlich abgelegt oder entscheidend verändert werden kann, ohne dass unser gesamtes staatliches Zusammenleben in Mitleidenschaft gezogen würde.**

Die steife Bise, die von Amerika her unserem Land entgegen bläst, beruht **zu einem guten Teil auf Unkenntnis der Geschichte und der politischen Eigenart unseres Landes.** Es rächt sich heute, dass unsere Aussenpolitik über Jahre wie gebannt fast ausschliesslich nach Brüssel gestarrt und sich vollkommen auf die europäischen Beziehungen fixiert hat. Darob wurden wichtige Kontakte zu den USA sträflich vernachlässigt, und frühzeitige Warnungen des damaligen Schweizer Botschafters wurden nicht ernst genommen.

Es gilt heute wieder einmal aufzuzeigen, dass die Schweiz ein föderalistisch aufgebauter Zusammenschluss ehemals weitgehend souveräner Kantone ist. Unser Bund wird nicht durch eine gemeinsame Sprache, nicht durch einen gemeinsamen Volksstamm, nicht durch eine vorgegebene Geographie zusammengehalten, auch nicht durch ein übereinstimmendes religiöses Bekenntnis, sondern **einzig durch die gemeinsam durchlebte Geschichte.** Die Schweiz besteht aus Land- und Stadtkantonen, sie liegt im Zentrum Europas und konnte schon in der Vergangenheit, wenn sie ihre Existenz als Kleinstaat wahren wollte, **nichts anderes tun, als sich aus fremden Händen heraushalten. Das Verständnis für die Neutralität muss - besonders in Konfliktfällen - dauernd neu errungen werden. Für jede Konfliktpartei ist der Neutrale zwar kein eigentlicher Feind, aber auch kein eigentlicher Freund. Der Neutrale steht zwischen den Fronten. Beide Seiten begegnen ihm mit Misstrauen.** Das nationalsozialistische Deutschland hat 1940 die bewaffnete schweizerische Neutralität "als durch die Ereignisse völlig überholt und mit der Neuordnung Europas unvereinbar" bezeichnet.⁹ Auch die USA haben 1937 erklärt, angesichts der "Epidemie der Rechtlosigkeit" sei es für niemanden mehr möglich, neutral zu sein. Der Schweizer **Dichter Carl Spitteler** hat dazu in seiner berühmten gewordenen Rede **"Unser Schweizer Standpunkt"** gesagt: **"Wir müssen uns eben die Tatsache vor Augen halten, dass im Grunde kein Angehöriger einer kriegführenden Nation eine neutrale Gesinnung als berechtigt empfindet. Er kann das mit dem Verstande, wenn er sich gewaltig anstrengt, aber er kann es nicht mit dem Herzen. Wir wirken auf ihn wie der Gleichgültige in einem Trauerhause. Nun sind wir gewiss nicht gleichgültig. Ich rufe Ihrer aller Gefühle zu Zeugen an, dass wir nicht gleichgültig sind. Allein, da wir uns nicht rühren, scheinen wir gleichgültig. Darum erregt schon unser blosses Dasein Anstoss. Anfänglich wirkt es unangenehm befremdend, allmählich die Ungeduld reizend, schliesslich widerwärtig, verletzend und beleidigend."** Carl Spitteler sagte dies im Dezember 1914! **Diese Worte gelten auch für den Zweiten Weltkrieg, und sie gelten auch für heute.** Fast kommt uns vor, als meine Spitteler einen amerikanischen Staatssekretär der letzten Monate, wenn er von Stimmen und Schriften spricht, die sich vom Ausland her an uns richten, **"meist überlaut geschrieben, öfters im Kommandoton, mitunter geradezu furibund"**. Dergleichen verfehle das Ziel; es wirke wenig einladend, wenn man den Eindruck erhalte, man wolle uns am liebsten auffressen. **"Haben denn die Herren die Fühlhörner verloren, dass sie nicht mehr spüren, wie man zu andern Völkern spricht und nicht spricht?"**¹⁰

⁸ Salis, Jean-Rodolphe von: Grenzüberschreitungen, ein Lebensbericht, 4. Aufl., Bd. 2, Zürich 1974, S. 114.

⁹ Bonjour, Bd. 5 (1970), S. 137.

¹⁰ Spitteler (1915), S. 13 f.

III. Zum Vorwurf des "Legalismus": Macht gegen Recht

Der heute erhobene Hauptvorwurf in den USA gilt dem Verhalten der Schweiz nach dem Krieg. Dieses sei wenig kooperativ, sogar widerspenstig und eigennützig gewesen. Herr Eizenstat spricht von einer "legalistischen" Haltung. Meine Damen und Herren, nun wird es gefährlich. **Was heisst Legalismus?** Es heisst nichts anderes als das strikte Befolgen von Gesetzen! **Hier geht es um die Souveränität des Kleinstaates. Denn der Kleinstaat hat immer nur das Recht auf seiner Seite und nicht die Macht.** Weit mehr als eine Grossmacht muss sich die kleine Nation peinlichst genau an das zwischen den Staaten ausgehandelte Recht halten und umgekehrt unerschrocken und - wenn es sein muss - unbequem und hartnäckig - eben legalistisch - von den Mächtigen die Einhaltung des Rechtes verlangen. **Der Kleinstaat darf sich nicht dem Druck, nicht dem modischen Zeitgeist, nicht dem momentanen Trend beugen. Der in seiner Macht beschränkte Kleinstaat hat kaum je grosse Gesten und grosse Worte anzubieten.** Das ist unangenehm für die immer zahlreicheren "Visionäre" und Moralisten in unserer Politik, die am Kleinstaat leiden, weil er ihre phantastischen Tagträume schmerzlich begrenzt. Nein, wir Schweizer müssen in Verträgen mit den andern Staaten dieser Welt unser Recht mühsam in unzähligen Paragraphen festhalten. "Erbsenzählen" nennt man das Aushandeln von internationalen Verträgen heute verächtlich.

1946 stellte die Schweiz in Washington der politischen Macht der Alliierten hartnäckig das schweizerische und das internationale Recht entgegen. Man musste betonen, dass **die bewaffnete Neutralität kein willkürlicher Schweizer Spleen ist, sondern immerwährend und von den Völkern rechtlich anerkannt.** Man räumte das misstrauische Vorurteil aus, die Schweiz habe mit den Nazis sympathisiert. Minister Walter Stucki sagte als Leiter der damaligen Schweizer Delegation: **"Wir wollen und dürfen Ihnen nicht verhehlen, dass es bei uns nicht verstanden wird, wenn grosse und mächtige Länder, die den Krieg für Freiheit und Demokratie geführt und gewonnen haben, unserem kleinen und wirtschaftlich machtlosen Land gegenüber Druckmittel anwenden, die man sonst von anderer Seite gewohnt war."**¹¹ Hartnäckig erkämpften unsere Diplomaten die Freigabe der schweizerischen Vermögenswerte in den USA und die Aufhebung der willkürlichen "Schwarzen Listen". Auf Grundsätze des Rechts berief sich die Schweiz aber auch in der Frage der deutschen Vermögen: Nach dem Krieg erliessen die Westalliierten Gesetze, nach denen die Vermögen von deutschen Staatsbürgern zu Gunsten der Alliierten beschlagnahmt worden wären. Obwohl der Schweiz mit der Blockierung von schweizerischen Guthaben im Ausland gedroht worden war, weigerte sie sich standhaft, diese Gesetze auch zu übernehmen. Es sollten nicht alle Deutschen - wie z. B. die seit langem in der Schweiz wohnhaften Deutschen - ausnahmslos als Nazis und Kriegsverbrecher behandelt und durch die Siegermächte bestohlen werden.¹² **Die Schweiz weigerte sich, dazu Hand zu bieten, obwohl es 1946 bequemer und wirtschaftlich vorteilhafter gewesen wäre, diese ihre Rechtsgrundlage preiszugeben.** Schliesslich einigte sich unser Land 1946 mit den Alliierten im **Washingtoner-Abkommen:** Die Schweiz zahlte den Alliierten ohne jede Schuldanererkennung Gold im damaligen Wert von 250 Mio. Franken. **Zusätzlich musste sie einen Teil der in der Schweiz liegenden deutschen Vermögenswerte herausgeben, wobei die Schweiz als Rechtsstaat den betreffenden Deutschen einen Entschädigungsanspruch einräumte.** In der Schweiz wurde dieses **Washingtoner Abkommen als höchst ungerecht und erniedrigend** empfunden. Heute davon zu sprechen, der Schweizer Kleinstaat habe die völlig ahnungslosen alliierten Grossmächte bei diesen Verhandlungen listig über den Tisch gezogen, ist geradezu lächerlich. **Eine Neuverhandlung des Washingtoner Abkommens ist absurd und könnte höchstens zugunsten der Schweiz ausfallen,** vor allem, wenn man bedenkt, dass das damals kräftig Gold scheffelnde, faschistisch regierte Portugal kein Gramm Gold herausrücken musste und Österreich sowie Italien - im Zweiten Weltkrieg Waffenbrüder der Nazis - nach dem Krieg gleich tonnenweise Gold von den Alliierten erhielten.

In Bezug auf die nachrichtenlosen Vermögen hielt sich die Schweiz in den Nachkriegsjahren strikt ans internationale Privatrecht, wonach der letzte Wohnsitzstaat eines Verschollenen Anspruch auf dessen erbloses Vermögen hat. 1962 erliess das Parlament ein Bundesgesetz, das die Banken verpflichtete, nachrichtenlose Vermögen einer Meldestelle des Bundes zu nennen. Es fanden sich rund 10 Millionen Franken, wovon Dreiviertel an die entsprechenden Erben, der Rest an den

¹¹ Bonjour, Bd. 9 (1976), S. 319.

¹² Castelmur, Linus von: Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum kalten Krieg, die deutschen Guthaben in der Schweiz zwischen Zwangsliquidierung und Freigabe (1945-1952), Zürich 1992.

Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund und an die Schweizer Flüchtlingshilfe ging. 1995/1996 wurden für weitere 40 Millionen nachrichtenlose Konten gemeldet, von denen höchstens 10 Millionen den Holocaust-Opfern gehören können.¹³

Für jene Fälle, in denen den Opfern und deren Erben keine Genugtuung gewährt werden kann, muss meines Erachtens eine neue Lösung gefunden werden und der Verwendungszweck genau bezeichnet sein. Es ist heute offen, ob in Bezug auf nachrichtenlose Vermögen Unrecht begangen wurde. Falls Unrecht begangen worden ist, ist nach den Grundsätzen des Rechtes Wiedergutmachung zu leisten.¹⁴
Das Schweizervolk als ganzes hat damit nichts zu tun. Es hatte vor 50 Jahren nichts damit zu tun, und es hat auch heute nichts damit zu tun!

¹³ Hug, Peter / Perrenoud, Marc: In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten, Bundesarchiv- Dossier 4, Bern, 13. Dezember 1996 / Januar 1997. Picard, Jacques: Die Schweiz und die Vermögen verschwundener Nazi-Opfer, die Vermögen rassistisch, religiös und politisch Verfolgter in der Schweiz und ihre Ablösung von 1946 bis 1973, in: Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, Studien und Quellen 22, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, Bern 1996, S. 271-324. Schneider, Richard Chaim: Die Schweiz will vom 3. Reich nichts wissen, in: Koch, Peter Ferdinand: Geheim-Depot Schweiz, München/Leipzig 1997, S. 227-265.

¹⁴ Verschiedene Beispiele vgl. Balzli, Beat: "Treuhänder des Reichs", die Schweiz und die Vermögen der Naziopfer, eine Spurensuche, Zürich 1997.

IV. Hervorragende Schweizer Kriegs- und Aussenwirtschaft

Wir kommen zu einem weiteren Punkt von Eizenstats Vorwort, zu den Schweizer Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland und mit den Alliierten. Wirtschaftsbeziehungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland waren für alle Staaten selbstverständlich. Wer sollte das nicht besser wissen als die USA! Alle grossen amerikanischen Firmen haben besonders intensive Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland unterhalten, sie haben vor Hitlers Machtergreifung dessen Parteikasse mit 128 Millionen Reichsmark gefüllt, halfen die Wehrmacht aufrüsten und motorisieren, und amerikanische Manager liessen sich sogar mit Nazi-Verdienstkreuzen auszeichnen.¹⁵

Es muss hier nochmals betont werden, dass der Aussenhandel mit Deutschland und mit von den Nazis besetzten Ländern für die Schweiz eine besondere Bedeutung hatte: Die Schweiz war von den Achsenmächten umklammert. Sie verfügte weder über Bodenschätze noch über Meeranschluss und hing als hochentwickelter Industrie- und Dienstleistungsstandort von ausländischen Rohstoffen und Finanzbeziehungen ab, auch und gerade während des Krieges. Erst der Import von Waffen, Kohle, Eisen und Benzin ermöglichte die notwendigen Verteidigungsanstrengungen, die systematische Modernisierung der Armee, den eindrucklichen Ausbau des Réduits. Es ging für die neutrale Schweiz nicht darum, den Krieg zu gewinnen oder zu verlieren, sondern darum, zu überleben und den Krieg durchzustehen. Als international tätigen Unternehmer ist mir durchaus bewusst, dass die Wurzeln des schweizerischen Wohlstandes in der Aussenwirtschaft liegen. **Es ist richtig und erfreulich, wenn heute neben den Leistungen der Armee auch die bemerkenswerten Leistungen unserer damaligen Aussenhandelsdelegierten vermehrt ins allgemeine Bewusstsein rücken.** Bundesrat Stampfli, der tüchtige Volkswirtschaftsvorsteher, war schon während des Krieges mit Recht enttäuscht, dass die enormen Anstrengungen der Aussenwirtschaft im Inland nicht gebührend gewürdigt wurden.¹⁶ Ihr Werk des Widerstandes wurde gegen aussen nicht sichtbar, durfte es um der Sache willen nicht werden.

Heute ist die seinerzeitige Handelspolitik in aller Munde - aber nicht die Verdienste der damaligen Verantwortlichen werden gewürdigt, im Gegenteil: Man entschuldigt sich für ihre gewaltigen Anstrengungen. **Nach näherer Beschäftigung mit unserer Aussenwirtschaft während des Zweiten Weltkrieges bin ich tief beeindruckt von den Leistungen der damaligen Wirtschaftsdiplomaten:**¹⁷

Auf den Schultern von ganz wenigen lastete eine ungeheure Verantwortung. Jahrelang verhandelten sie unter grossen psychischen und physischen Strapazen in London; im Bombenhagel von Berlin verbrachten die Schweizer Unterhändler manche Nacht im Luftschutzbunker.¹⁸ **Sie hatten die lebenswichtige Aufgabe, die Import- und Exportwege offenzuhalten, Rohstoffe und Nahrungsmittel ins Land zu bringen und durch den Export von Halb- und Fertigfabrikaten der Bevölkerung ihre Arbeitsplätze zu erhalten.**¹⁹ **Es ging darum, das Schweizervolk vor Hunger, Kälte und Massenarbeitslosigkeit zu bewahren. Unser Land hatte sich in weiser Voraussicht seit den 1930er Jahren nicht nur rüstungstechnisch auf den Krieg vorbereitet, sondern gleichzeitig systematisch eine kriegswirtschaftliche Organisation aufgebaut.** Die Schwierigkeiten während des Krieges waren enorm, die Verhandlungen - oft im Drei- oder Viereck geführt - langdauernd und frustrierend: **Der**

¹⁵ Die Firma Shell allein soll in die Kasse der NSDAP 50 Millionen Reichsmark bezahlt haben. Koch, Peter Ferdinand: Geheim-Depot Schweiz, wie Banken am Holocaust verdienen, München/Leipzig 1997, S. 75. Erwähnt sei die enge Zusammenarbeit zwischen General Electric und Krupp oder zwischen General Motors und Opel oder auch das grosse Interesse der Firma Ford am deutschen Markt. Trepp, Gian: Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg, Bankgeschäfte mit dem Feind, von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans, 2. Aufl., Zürich 1996, S. 76 f.

¹⁶ Gautschi, Willi: General Guisan, die schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1989, S. 434. Vgl. auch Hafner, Georg: Bundesrat Walter Stampfli (1884-1965), Diss. phil., Olten 1986, vgl. besonders das Kapitel "Kriegswirtschaft", S. 251-363. Stampfli sagte: "Mich interessiert es gar nicht, was unsere Nachkommen sagen werden, mich interessiert viel mehr, was die heutige Generation sagen würde, wenn sie keine Kohle und nichts zu essen hätte."

¹⁷ Mitte März 1940 besass die Schweiz Rüstungsaufträge für die Westmächte für rund 264 Millionen Franken und für die Deutschen für knapp 150'000 Franken. Rings, 2. Aufl. (1996), S. 129-131. Homberger, 2. Aufl. (1997), S. 43. Vgl. auch Bonjour, Bd. 6 (1970), S. 195-391.

¹⁸ Homberger, Heinrich: Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg, ein Überblick auf Grund persönlicher Erlebnisse, Zürich 1970 (1. Aufl.) und 1997 (2. Aufl.), S. 80, 85, 87, 91.

¹⁹ Vgl. die Einleitung zum Bericht von Homberger, 2. Aufl. (1997).

Zweite Weltkrieg war nicht nur ein militärischer und politischer, sondern auch ein Wirtschaftskrieg. Jeder Kriegführende versuchte, die neutrale Schweiz in ihre Blockadefront einzureihen. Die Neutralität auferlegte uns aber möglichst normale Wirtschaftsbeziehungen nach allen Seiten. Dadurch waren grosse Spannungen vorprogrammiert. Die Achsenmächte versuchten, von der umklammerten Schweiz möglichst weitgehende Zugeständnisse zu erpressen, die Alliierten betrachteten unseren Handel mit Deutschland mit ständigem Misstrauen. Handel mit den Alliierten wiederum - auch die Versorgung mit überseeischen Gütern - war nur möglich, wenn die uns umklammernden Achsenmächte die Waren durchliessen. Immer wieder wurden mit beiden Kriegsparteien Handelsverträge abgeschlossen. In Kriegszeiten aber herrscht das Gesetz des Unerwarteten. Manchmal dauerten die Verhandlungen länger als die Gültigkeit der Verträge; **1943 gab es bange Monate eines vertragslosen Zustandes mit Deutschland, und gleichzeitig waren alle Zufuhren aus England und aus den USA unterbunden.** Wirtschaftskrieg bedeutete Blockaden und Gegenblockaden, er bedeutete willkürliche "Schwarze Listen" von Firmen, die mit dem jeweiligen Feind handelten. Lockerte die eine Kriegspartei gegenüber der Schweiz die Schlinge und gewährte Zugeständnisse, so reagierte die andere mit Gegenmassnahmen. Jedem Zugeständnis an die eine Seite folgte über kurz oder lang eine Strafaktion der andern Seite. Je nach Kriegsverlauf änderte sich die Kompromissbereitschaft der Verhandlungspartner: **Militärische Niederlagen erhöhten die Verständigungsbereitschaft mit dem Neutralen, militärische Erfolge steigerten die Forderungen ins Unermessliche.** Der Bundesrat erliess im Vorfeld des Krieges einen Beschluss, der die Ausfuhr von Waffen und Munition generell verbot. Die Regierungen von Frankreich und Grossbritannien waren es damals, die dringend um Wiedererwägungen ersuchten. An diese alliierten Staaten gingen bis Sommer 1940 praktisch alle schweizerischen Waffenlieferungen. Später verlangte das vorübergehend siegreiche Deutschland entsprechendes Gegenrecht.²⁰

Herr Eizenstat behauptet, ab Mitte 1943 sei Deutschlands Fähigkeit, neutrale Staaten zu bedrohen, beträchtlich zurückgegangen. Und er wirft der Schweiz vor, sie habe sich nach 1943 nicht an den Wirtschaftssanktionen der Alliierten gegen Deutschland beteiligt. **Im April 1944 übermittelten die Alliierten den Neutralen den Befehl, alle Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland abubrechen. Hätte die Schweiz dem Folge geleistet, hätte sie das Völkerrecht gebrochen.**²¹ Eizenstat scheint auch zu vergessen, dass die Schweiz bis zum **Herbst 1944** eine Enklave der Nazis war. Nach der Absetzung Mussolinis und der Kapitulation der italienischen Armee im Herbst 1943 hatte sich die Situation sogar noch verschärft, da nun die Deutschen ganz Oberitalien, vor allem auch den Hafen von Genua besetzten und anstelle der zeitweise entgegenkommenderen Italiener auch die Kontrolle der schweizerischen Südgrenze übernahmen. Noch 1944 waren die Nazis in der Lage, Ungarn zu überfallen und dort ein Blutbad anzurichten. Ebenso scheint Eizenstat entgangen zu sein, dass die Deutschen noch im Dezember 1944 die grossangelegte Ardennenoffensive durchführten, die ebenso gut durch Schweizer Gebiet hätte erfolgen können. Für die Alliierten bedeutete dies eine der letzten ganz grossen Gefahren der Kriegsführung. **Auch wenn uns die Westalliierten für einen Bruch mit Deutschland reichlich mit Lieferungen hätten belohnen wollen, die lückenlose deutsche Gegenblockade hätte die Waren nicht durchgelassen.** Die Alliierten haben nie angeboten, die eingeschlossene Schweiz mit einer Luftbrücke zu versorgen. **Und wer glaubt, die Schweiz hätte ihre Neutralität in dem Moment aufgeben sollen, in dem das Kriegsglück auf die Seite der Alliierten gewechselt hatte, hat von der Staatsmaxime der dauernd bewaffneten Neutralität nichts begriffen!**

Im wichtigen Handelsaustausch mit Deutschland griff man zum Mittel des **Clearings**. Die Schweiz gewährte Deutschland Kredite im Betrag von über einer Milliarde Franken, gebunden zum Bezug von schweizerischen Waren. **Geschickt spielte die Schweiz ihre Trümpfe aus: eine intakte, leistungsfähige Industrie, ein funktionierendes Kreditssystem und die Beherrschung des wichtigsten Alpentunnels.** Sie erhielt dadurch zusammen mit den Gold- und Devisenbeziehungen eine nicht zu unterschätzende handelspolitische Waffe, eine gewisse Position der Stärke. **Damit war die Schweiz nicht mehr jeder deutschen Nötigung ausgeliefert.**

Je mehr sich nun der Sieg auf die Seite der Alliierten neigte, desto grösser wurde der Druck auf die Schweiz, die Handelsbeziehungen zu Deutschland abubrechen. **Zur Überraschung der Alliierten**

²⁰ Mitte März 1940 besass die Schweiz Rüstungsaufträge für die Westmächte für rund 264 Millionen Franken und für die Deutschen für knapp 150'000 Franken. Rings, 2. Aufl. (1996), S. 129-131. Homberger, 2. Aufl. (1997), S. 43. Vgl. auch Bonjour, Bd. 6 (1970), S. 195-391.

²¹ Handbuch zur Schweizer Geschichte, Bd. 2, 2. Aufl., Zürich 1980, S. 1210.

konnte die Schweiz aufzeigen, dass die Handelsbilanz mit Deutschland einen deutlichen Überschuss zugunsten der Schweiz ergab.

Im Februar 1945 verlangte eine alliierte Sonderkommission von der Schweiz den **Abbruch aller Handelsbeziehungen mit Deutschland und die Sperrung der Transitachsen.**²² Dies war mit der Neutralität unvereinbar.

Dass unsere Diplomaten auch in der Zeit vor dem Kriegsende dem gewaltigen alliierten Druck, der nun auch durch die Stimmung im Inland verstärkt wurde, standhielten und auf die Erfüllung von Neutralitätsprinzip und rechtmässigen Verträgen beharrten, verdient Bewunderung. Denn es war leichter, dem politisch-ideologisch feindlichen Deutschland gegenüber Härte zu zeigen als gegenüber den Westmächten, deren Weltanschauung die Schweiz teilte. Das bis zum Schluss korrekte Rechtsverhältnis zu Deutschland hatte aber für die Zukunft grosse Bedeutung, als es galt, wieder Beziehungen mit der sich aus den Trümmern erhebenden Bundesrepublik aufzunehmen.

Heinrich Homberger, Mitglied der Ständigen Verhandlungsdelegation, brachte Ende 1943 die Richtschnur der schweizerischen Kriegswirtschaft auf den Punkt: "Auch für uns sind die Zeiten gefährlich geworden. Gerade darum, weil sie gefährlich sind, müssen wir unseren geraden Weg gehen, fest und aufrecht, auch wenn er uns in einen Sturm hineinführen sollte. Sturm wird es ohnehin geben! **Dann wollen wir aber lieber mit einem festen Kompass in diesen Sturm hineinfahren, statt uns von den Spekulationen der Gefühle herumtreiben lassen. Der feste Kompass aber ist unser neutraler Status, der von uns verlangt, dass wir auch die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten aufrechterhalten, und zwar so, wie es uns unser eigenes Urteil gebietet.**"²³

²² Zur sogenannten "Currie-Mission" vgl. v. a. Castelmur (1992).

²³ Vortrag von Heinrich Homberger anlässlich einer Konferenz mit den Sektionen des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins vom 8. Oktober 1943. Gedruckt in Homberger, 2. Aufl. (1997), S. 98.

V. Vom alliierten Gold, vom deutschen Gold und vom Totengold

Ein weiterer Vorwurf in Eizenstats Vorwort betrifft die Goldgeschäfte der Schweiz mit den Deutschen während des Zweiten Weltkrieges. Das Thema des sogenannten "Raubgoldes" ist keineswegs neu, beschäftigte das Parlament und die Öffentlichkeit schon 1945/46 leidenschaftlich und wurde damals in fast jeder Zeitung unseres Landes ausführlich behandelt. Diverse Schriften und Doktorarbeiten befassen sich mit diesem Thema.²⁴ **Der Eizenstat-Bericht bietet auch in dieser Hinsicht zwar neue Akten, aber kaum neue Erkenntnisse.** Die Tatsachen stehen fest und lauten:

1. Notwendiger Golderwerb

Die deutsche Reichsbank hat an ihr Depot in Bern Gold im Wert von insgesamt 1,7 Milliarden Franken überwiesen. Die Schweizerische Nationalbank hat von der Reichsbank Gold für 1,2 Milliarden erworben. Was Eizenstat jedoch übersieht: **Die Schweizer Nationalbank hat in den Kriegsjahren 1939 bis 1945 von den Alliierten - in New York, London und Ottawa - 1,82 Milliarden Franken Gold gekauft, also mehr alliiertes als deutsches Gold!**²⁵

Eizenstat verliert **kein einziges Wort** über jene immens wichtige Tatsache, die den Schweizer Golderwerb von der deutschen Reichsbank erst erklärt: **Im Juni 1941 - also vor den bedeutenden Goldkäufen bei der Reichsbank durch die Schweiz - beschlagnahmten die Vereinigten Staaten sämtliche in den USA befindlichen schweizerischen Gold- und Devisenguthaben.** Und diese gesperrten Guthaben waren stattlich: Schon Mitte 1938 hatte die Schweizerische Nationalbank aus finanzpolitischer Vorsorge für den Kriegsfall Gold im Wert von fast einer Milliarde Franken jenseits des Atlantiks in Sicherheit gebracht. Im Mai 1939 erreichten die schweizerischen Golddepots in den USA den respektablen Wert von 1,7 Milliarden Franken (also einen genau gleich hohen Wert wie der vieldiskutierte Golderwerb von den Deutschen). Doch damit nicht genug: Im Mai 1940 übernahmen die USA eine weitere Schweizer Goldmilliarde und noch Mitte Juni, in den Tagen des französischen Zusammenbruchs, startete eine kleine Swissair-Maschine von Locarno nach Lissabon für einen letzten Transfer von 12'000 Kilo Gold.²⁶ **Aus Sicherheitsgründen befanden sich 1941 nach amerikanischer Schätzung schweizerische Guthaben der Nationalbank, der Regierung und der Wirtschaft im Wert von 6,3 Milliarden damaligen Franken in den USA.**²⁷ Dies war sechs Mal soviel wie der gesamte jährliche Bundeshaushalt vor Kriegsausbruch! **Diese gewaltigen schweizerischen Guthaben wurden im Juni 1941 wegen der politischen Situation durch die USA "eingefroren"**, weil die damals noch nicht kriegführenden Vereinigten Staaten von Amerika die neutrale Schweiz wie einen Feind behandelten. New York wurde - auch für die Schweiz - zum internationalen Gold- und Devisengefängnis! Die USA raubten unserem kleinen Land bis über das Kriegsende hinaus den problemlosen Zugriff auf einen bedeutenden Teil unserer eigenen Mittel; eine ungeheure Belastung für die von den übermächtigen Nazis umgebene Schweiz! Die Schweiz wurde also zum Golderwerb geradezu gezwungen, **besass sie doch im Juni 1940 - im Moment der grössten deutschen Bedrohung - gerade noch Goldbestände von nicht einmal 600 Millionen.**²⁸ Das Gold aber war notwendig für die

²⁴ Mosimann, Emil u. a.: Schweizerische Nationalbank 1907-1957, Zürich 1957.

Frei, Daniel: Das Washingtoner Abkommen von 1946, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Nr. 19, 1969, S. 567-619. Durrer, Marco: Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg, von der Blockierung der schweizerischen Guthaben in den USA über die "Safehaven"-Politik zum Washingtoner Abkommen (1941-1946), Bern 1984. Vogler, Robert: Der Goldverkehr der Schweizerischen Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank 1939-1945, in: Gold, Währung und Konjunktur, Quartalsheft Schweizerische Nationalbank, I/1985, S. 70-78. Rings, Werner: Raubgold aus Deutschland, die "Golddrehscheibe" Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1985, 2. Aufl. Zürich 1996. Zusammenstellung der Literatur von Mario König in Rings, Werner: Raubgold aus Deutschland, 2. Aufl., Zürich 1996, S. 243.

²⁵ Es handelte sich um Gold im Wert von SFr. 1'823'491 aus Grossbritannien, Kanada und den USA. Rings, 2. Aufl. (1996), S. 99, 199, 210.

²⁶ Rings, 2. Aufl. (1996), S. 20.

²⁷ Die blockierten Guthaben der Schweiz in den Vereinigten Staaten von Amerika, Exposé des Eidgenössischen Politischen Departements vom 20. Februar 1954, Schweizerisches Bundesarchiv 2001 (E) 2/641. Bunderat Ernst Nobs sprach am 26. Juni 1946 vor dem Nationalrat von 5,3 Milliarden Franken blockierter Guthaben in den USA. Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung 1946, S. 403.

²⁸ Bericht über die zweite Finanzsitzung der Currie-Mission in Bern am 16. Februar 1945, Schweizerisches Bundesarchiv 2001 (E), 2/555. Rings, 2. Aufl. (1996), S. 76, 208.

Schweiz, deren Nationalbank verpflichtet war, eine hohe Goldreserve auf den von ihr herausgegebenen Banknoten zu halten.

2. Notwendiges Gold aus Deutschland

Die nicht nur unangenehme und ärgerliche, sondern für die Schweizer Wirtschaft geradezu gefährliche Behinderung durch die USA machte für die Schweiz die **Goldgeschäfte mit den Deutschen** nötig, weil sie über das in New York blockierte Gold ja nicht verfügen konnte.²⁹ Ein Verzicht auf das deutsche Gold hätte es der Schweiz verunmöglicht, erfolgreich auf die damalige Konjunkturlage einzuwirken. Gold brauchte die Schweiz für die eigene Versorgung mit ausländischen Rohstoffen und für die Bezahlung anderer lebenswichtiger Importe. Am 11. September 1942 stellte die Nationalbankführung fest, dass die **Erhöhung der Goldbestände aus Gründen des nationalen Verteidigungsinteresses erfolge**.³⁰ Ein intakter, stabiler Finanzplatz mit einer gesunden Währung bildete eine wichtige Voraussetzung der Landesverteidigung. Dazu gehörten auch die entsprechenden Goldreserven. Die Angst vor einer Abwertung des Frankens war gross und begrifflich.

Die Deutsche Reichsbank bestätigte der Schweiz auf entsprechende Nachfragen mehrmals, dass sämtliches der Schweiz verkaufte Gold aus ihren eigenen Beständen stamme.³¹ Dies war, wie sich später zeigte, falsch. 1,1 Milliarden stammten aus holländischem und belgischem Besitz. Belgisches Gold, das den Franzosen zu treuen Händen übergeben worden war, war von der Vichy-Regierung an die Deutschen ausgeliefert und dann in Berlin geschmolzen, vordatiert und raffiniert getarnt worden. Holländisches Gold dagegen trug noch die Originalstempel, doch konnte es von der Schweiz ebenfalls nicht als Raubgold eingestuft werden: Es war den Deutschen vom Präsidenten der Niederländischen Zentralbank in aller Form abgetreten worden!³² 1944 stellte der Völkerrechtler Dietrich Schindler in einem Gutachten fest, das entscheidende Kriterium der Nationalbank sei die Gutgläubigkeit beim Erwerb des Goldes. Diese sei dann gegeben, wenn die Erklärung vorliege, dass das Gold nach völkerrechtlichen Grundsätzen erworben worden sei.³³ 1946 hat der Bundesrat auch das Bundesgericht zu einem Gutachten veranlasst. Dieses kam zum Schluss: "Die Politik der Nationalbank war im Prinzip seinerzeit wohl richtig, aber doch wohl zu wenig vorsichtig."³⁴ Wer die damalige äusserst schwierige Situation kennt, wer nicht einfach als Nachgeborener einen moralistischen, selbstgefälligen Standpunkt einnimmt, wird diesem Urteil zustimmen. **Die Verantwortlichen hatten in erster Linie die durch den Krieg verursachte Notsituation im Auge.**

3. Keine politische Kollaboration

Was ist von der Lieblingsbehauptung mancher linker Historiker zu halten, wonach die Schweizerische Nationalbank wegen ihrer Sympathie zu den Nazis mit der Reichsbank geschäftet habe? Werner Rings, der die Schweizer Goldgeschäfte äusserst kritisch und exakt untersucht hat, schrieb 1985: "Ich bin der Frage nachgegangen und stelle fest, **dass ich in den Papieren der Schweizerischen Nationalbank nicht den geringsten Hinweis gefunden habe, der auf die Absicht einer politisch motivierten Kollaboration mit dem Dritten Reich hätte schliessen lassen.**"³⁵ **Die Abklärung der Schuldfrage bei der Nationalbank und die Umstände des damaligen Goldhandels sind darum**

²⁹ Vgl. Philippe Marguerats Referat "La neutralité économique" im Rahmen eines internationalen Kolloquiums in Bern und Neuenburg von 1983. Auch Rings, 2. Aufl. (1996), S. 84 f, 186.

³⁰ Sitzung der BIZ-Vertreter Paul Hechler und Konrad Thiersch mit dem gesamten Nationalbankdirektorium (Ernst Weber, Paul Rossy, Fritz Schnorf und Alfred Hirs) vom 11. September 1942. Trepp, 2. Aufl. (1996), S. 69, 205.

³¹ Schreiben der Schweizerischen Nationalbank an das Eidgenössische Politische Departement vom 7. August 1944, Bl. 9, Schweizerisches Bundesarchiv 2001 (E), 2/560. Aktennotiz von Alfred Hirs über den Besuch des Vizepräsidenten der Deutschen Reichsbank, Emil Puhl, am 18. September 1944, Archiv der Schweizerischen Nationalbank, "Verkehr mit der Deutschen Reichsbank 1944-1949". Ebenda Aktennotiz von Alfred Hirs über den Besuch von Emil Puhl und Direktor J. Reinell am 13. Dezember 1944.

³² Beim Präsidenten der Niederländischen Zentralbank handelte sich damals um den Nationalsozialisten Rost van Tonningen.

³³ Schreiben und Gutachten von Prof. Dr. Dietrich Schindler vom 22. Juli 1944, Schweizerisches Bundesarchiv 2001 (E) 2/560.

³⁴ Gutachten vom 4. Juni 1946 ohne Anschrift und Unterschrift im Schweizerischen Bundesarchiv, Akten des Eidgenössischen Finanzdepartements 6100 (A) 25/2326.

³⁵ Rings, 2. Aufl. (1996), S. 187.

wichtig, weil heute eine unüberlegte Beteiligung der Nationalbank am Spezialfonds für Holocaust-Opfer den Eindruck eines Schuldeingeständnisses erwecken würde.

4. Kein Totengold im Goldvreneli

Im letzten Punkt seines Vorworts behandelt Stuart Eizenstat das Problem des sogenannten **"Totengoldes"**: Die Vorstellung, dass sich Zahngold von umgebrachten KZ-Opfern in den Goldbarren und Goldmünzen in Schweizer Depots und womöglich in unseren Stubenkommoden befindet, scheint ein Lieblingsbild der Kritiker des heutigen Banken- und Finanzplatzes Schweiz zu sein.

Welches ist die historische Wahrheit zum "Totengold"? Einige wenige deutsche Hehler boten geraubte Schmuckstücke und Edelsteine aus dem Besitz von Juden und ermordeten Regimegegnern im neutralen Ausland an, auch in der Schweiz.³⁶ Den Käufern wurde die Herkunft des Schmucks, an dessen finanzieller Verwertung auch die Reichsbank beteiligt war, verheimlicht.³⁷ Konzentrationslager belieferten entsprechende Reichsstellen mit Eheringen, Armbändern, Uhrketten, Brillenrahmen, sogar mit Goldzähnen und anderen Goldgegenständen. Nach der Bombardierung des Berliner Reichsbankgebäudes vom 3. Februar 1945 wurde der überwiegende Teil dieses KZ-Goldes zusammen mit den übrigen Goldreserven in die Stollen eines Salzbergwerks in Merkers (Thüringen) gebracht. Am 4. April 1945 entdeckten amerikanische Truppen das Gold in einem der unterirdischen Tiefräume. **Mehreren Dutzend Tonnen von KZ-Gold befanden sich noch im Originalzustand.** Wenig später wurde es in die Keller der Deutschen Reichsbank nach Frankfurt am Main geschafft und dort auch gefilmt. Ebenfalls von den Alliierten gefilmt wurden aufgefundene Goldringe im KZ Buchenwald. **Heute werden die damals gedrehten alliierten Filmstreifen mit den Kisten voller Totengold immer wieder am Fernsehen gezeigt, um einen Zusammenhang mit dem von unserer Nationalbank erworbenen Gold zu dokumentieren. Dabei handelte es sich eben gerade nicht um solches!** Selbst die deutsche Führung hat es nicht gewagt, dem Personal einer Münzstätte im grossen Stil solch verräterische Originalgegenstände anzuvertrauen und hat den Grossteil dieses KZ-Goldes nie in den internationalen Verkehr gebracht.³⁸ Die Amerikaner fragten Ende 1947 die Schweizerische Nationalbank an, ob sie die Einschmelzung von solchem KZ-Gold übernehme. Das Direktorium reagierte ablehnend mit der wörtlichen Begründung, dass "die Schweiz mit diesem Gold weder direkt noch indirekt etwas zu tun haben möchte".³⁹

Selbstverständlich wurde das KZ-Gold auch ohne Mitarbeit der Schweiz durch die Alliierten eingeschmolzen, verkauft und damit in den weltweiten Goldverkehr gebracht. Der Erlös ging nach dem Willen der Vereinten Nationen an ein Projekt für die "Wiedereingliederung nicht heimzuführender Nazi-Opfer".⁴⁰ Dutzende von Tonnen Totengold - durch die Alliierten nach dem Krieg eingeschmolzen - müssen sich heute im weltweiten Umlauf befinden. Da ist es geradezu zynisch, wenn eine englische Fernsehanstalt in diesen Tagen hinausposaunt, sie habe bei zwei Schweizer Goldmünzen einen vielleicht etwas erhöhten Quecksilbergehalt festgestellt, was vielleicht auf eingeschmolzenes Zahngold schliessen lasse, nur beweisen könne man natürlich nichts ...⁴¹

Die Bücher der eidgenössischen Münzstätte belegen eindeutig, dass die Nationalbank nach 1935 und vor 1945 überhaupt keine Goldmünzen geprägt hat. Im Juli 1946 stellte die Finanzkontrolle fest, dass die Nationalbank für die Münzprägungen seit 1945 nur Barren verwendet hatten, die schon vor Kriegsausbruch in ihrem Besitz gewesen waren. Die 20-Franken-Münzen der ersten Nachkriegsjahre trugen mit Billigung des Bundesrates die Jahreszahl 1935. Dies war keineswegs illegal und sollte sichtbar machen, dass die Münzen denselben Goldgehalt aufwiesen, wie diejenigen, die vor der Ab-

³⁶ "Der Kreis der konzessionierten Exporteure, die teilweise auch als Schätzer fungierten, wurde bewusst klein gehalten." Balzli (1997), S. 145.

³⁷ Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, Nürnberg 1948, Bd. 13, Dokument PS-3947.

³⁸ Zum KZ-Goldkonto des SS-Offiziers Melmer ("Melmer-Konto") vgl. der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, Nürnberg 1948, Dokumente PS-3945, 3948, 3951, 3956, 3976, Bde 12, 13, 14, 17.

³⁹ Protokoll Nr. 1208 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 17. September 1947. Balzli (1997), S. 160 f.

⁴⁰ Balzli (1997), S. 160.

⁴¹ Kamber, Peter: Dunkle Schatten auf der Münze, in: "Die Weltwoche" Nr. 25, 19. Juni 1997, S. 33.

wertung des Frankens im Jahre 1936 geprägt worden waren.⁴² Sogar der besonders kritische Sündenaufspürer Balzli von der "Sonntags-Zeitung" kommt zum Schluss, dass in den Schweizer Goldmünzen "höchstwahrscheinlich" kein Totengold steckt.⁴³

Ein sehr kleiner Teil des Totengoldes ist in der Preussischen Staatsmünze und bei der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt (Degussa) umgeschmolzen und in die offiziellen Goldbestände eingegliedert worden.⁴⁴ Damit war das KZ-Gold für Dritte nicht mehr erkennbar. Etwa 30 Kilo Totengold sollen laut Eizenstat-Bericht auch in umgegossenen Barren an die Nationalbank gelangt sein. Fest steht: Solches Totengold befindet sich heute in den Goldpools in aller Welt, auch in den USA. Jeder Fachmann kann bestätigen, dass es technisch absolut unmöglich ist, in zu Feingold ausgefüllten Barren oder in Goldmünzen noch allfälliges Totengold nachzuweisen. **Auch Eizenstat kommt zum Schluss, es gebe keine Beweise, dass die Schweiz oder andere neutrale Staaten wissentlich Totengold angenommen haben.**

Wenn der Jüdische Weltkongress heute beim KZ-Gold von geradezu abenteuerlichen Zahlen ausgeht, ist dies historisch unkorrekt und obendrein gefährlich. Dies nährt nämlich das alte antisemitische Vorurteil, die verfolgten Juden seien unermesslich reich gewesen und hätten das Gold gewissermassen kiloweise auf sich getragen. Tatsächlich - und darauf haben jüdische Holocaust-Forscher immer wieder hingewiesen - waren die in den Konzentrationslagern umgebrachten Juden, speziell die Juden Osteuropas, arm, zweifellos ärmer als die übrige Bevölkerung.⁴⁵

⁴² Über den angeblichen Einschmelzskandal schrieb schon das PdA-Blatt "Voix Ouvrière" am 15. Mai 1946. Am 22. Mai 1946 entgegnete Georges Perrin in der "Feuille d'Avis de Neuchâtel".

⁴³ Schweizerisches Bundesarchiv, Akten der Eidg. Finanzverwaltung, E 6100 A 24, Bd. 5, 12, sowie Akten der Eidg. Münzstätte, E 6200 (C) 1987/153 HAZ-c/187, E 6200 (C) 1969/263, Bd. 23. Balzli (1997), S. 159.

⁴⁴ Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, Nürnberg, 1948, Bd. 13, S. 190, 627. Vgl. z. B. die Aussage des Reichsbankangestellten Albert Thoms, in: Das Urteil im Wilhelmstrassen-Prozess, hrsg. unter Mitwirkung von C. H. Tuerck, Schwäbisch Gmünd 1950, S. 151-156. Kempner, Robert M. W.: Ankläger einer Epoche, Berlin 1983, S. 251 ff. Koch, Peter Ferdinand: Geheim-Depot Schweiz, wie die Banken am Holocaust verdienen, München/Leipzig 1997, S. 82, 111, 135-140.

⁴⁵ Vgl. v. a. Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde, München 1990. Ders.: Täter, Opfer, Zuschauer, die Vernichtung der Juden 1933-1945, München 1996.

VI. Zur angeblichen "Kriegsverlängerung" und "Gewinnsucht"

1. Krieg um 2,36 Tage verlängert?

Auf den Vorwurf Eizenstats, die Schweiz habe mit ihrer Wirtschaftspolitik den Zweiten Weltkrieg verlängert, brauche ich nicht lange einzugehen. **Solche Pauschalaussagen im Eizenstat-Bericht sind ebenso unsinnig, wie wenn wir den Alliierten die Kriegsverlängerung vorrechnen würden wegen der anfänglichen Beschwichtigungspolitik des englischen Premiers Chamberlain, wegen dem Nichtangriffspakt Stalins mit Hitler, wegen dem späten Kriegseintritt Amerikas, wegen der späten Landung in der Normandie und damit der späten Errichtung einer zweiten Front bis hin zur möglichen Verlängerung des Krieges durch die Konkurrenzgefühle einzelner alliierter Staaten, Politiker und Heerführer. Man könnte mit gutem Recht ins Feld führen, die Schweiz habe von Kriegsbeginn bis Ende 1944 um über 400 Millionen Franken mehr Waren aus Deutschland eingeführt als ausgeführt und damit deren Ressourcen geschwächt und den Krieg verkürzt.**⁴⁶

Oft wurde behauptet, der Krieg habe sich verlängert, weil die schweizerische Rüstungsindustrie auch den Deutschen Waffen geliefert hätte. Ein renommierter deutscher Wirtschaftshistoriker bezifferte 1984 die gesamten Kriegskosten Deutschlands mit umgerechnet **1200 Milliarden Franken**. Deutschland hat von der Schweiz Rüstungsgüter im weiteren Sinn für 1,35 Milliarden Franken bezogen.⁴⁷ Wenn man der absurden These der Kriegsverlängerung - **Hitler wurde von Alliierten nicht wirtschaftlich, sondern militärisch besiegt**⁴⁸ - folgen wollte, dann hätten die Deutschen mit der Schweizer Unterstützung rein rechnerisch gesehen lediglich 2,36 Kriegstage finanzieren können.

Militärisch war die Bewahrung der schweizerischen Neutralität von grossem Interesse für die Abkürzung des Krieges - das haben damals auch alliierte Generäle anerkannt.⁴⁹ Was wäre denn geschehen, wenn die Schweiz ihr Territorium nicht unversehrt erhalten hätte? Was wäre geschehen, wenn die Deutschen die Schweizer Alpenstellungen hätten einnehmen und sich den Alliierten auf Schweizerboden hätten widersetzen können? Das Beispiel von Montecassino in den Anfangsmonaten des Jahres 1944 mag zeigen, wie die Deutschen in starkem Gelände der alliierten Übermacht monatelang Widerstand zu leisten vermochten.

2. Gewinne für wen?

Eizenstat behauptet, die Schweiz sei **"auch aus Gewinnsucht"** neutral geblieben. Wer uns die Nicht-Teilnahme am Krieg aus Gewinnsucht vorhält, der errechne die enormen Kosten der Schweiz für die Nichtteilnahme am Krieg, für die Verteidigung, für die grösstmögliche Selbstversorgung, für die Aufnahme von fast 300'000 Flüchtlingen und Internierten. Er errechne die grossen Verluste aus den Krediten für Deutschland nach dessen Zusammenbruch!⁵⁰ Er nenne den 1944/45 im Rahmen der "Schweizerspende" freiwillig aufgebrachten Betrag von über 200 Millionen zum Wiederaufbau des kriegsversehrten Europas.

⁴⁶ Bonjour, Bd. 6 (1970), S. 365.

⁴⁷ Mitteilung von Prof. Dr. Willi H. Boelcke an Werner Rings vom 24. Januar 1984. Rings, 2. Aufl. (1996), S. 169, 221. Vgl. auch Boelcke, Willi H.: Zur internationalen Geldpolitik des NS-Staates, in: Schriften zu Politik und Zeitgeschichte, Düsseldorf 1977. Rings rechnet mit 3 Milliarden SFr., die der deutschen Rüstung insgesamt zugute kamen. Wir halten uns an: Marguerat, Philippe: La Suisse face au IIIe Reich, Lausanne 1991, S. 94-97. Hofer, Mark: Die schweizerischen Kriegsmaterialexporte nach Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, Seminararbeit Universität Freiburg i. Ue., Mskr., 1992, S. 11-16. Vgl. auch Chevallaz (1997), S. 166 f.

⁴⁸ Hofer, Walther: Wer hat wann den Zweiten Weltkrieg verlängert?, in: "Neue Zürcher Zeitung", 7./8. Juni 1997, S. 93.

⁴⁹ Eröffnungsrede von Minister Walter Stucki in Washington. Bonjour, Bd. 9 (1976), S. 317.

⁵⁰ Auch wenn man die durch ein Liquidationsabkommen vom 26. August 1952 mit der Bundesrepublik Deutschland geleistete Rückzahlung von 665 Millionen Franken in Abzug bringt, schlug die Schweizer Kreditpolitik mit rund einer halben Milliarde Verlust zu Buche.

Die Schweiz hat nach dem Krieg amerikanisches Geld im Rahmen der Marshallplanhilfe weder beansprucht noch erhalten. Sie hat im Gegenteil in eindrücklicher Weise **zum Wiederaufbau Europas beigetragen**. So hat sie z. B. verschiedenen europäischen Staaten in Form von Bank- und Währungskrediten finanziell geholfen und stattliche Beiträge an Hilfswerke für die kriegsgeschädigte Zivilbevölkerung gewährt. **Der Bundesrat bezifferte im Jahr 1948 den Beitrag zum Wiederaufbau Europas mit insgesamt etwa 2,5 Milliarden Schweizerfranken, d.h. 532 Franken pro Kopf der Bevölkerung.**⁵¹ Der einzelne Amerikaner bezahlte für den Marshallplan 410 Franken.⁵² **Welches Land der Welt hat sich - pro Kopf gerechnet nach dem Zweiten Weltkrieg solidarischer am Wiederaufbau Europas beteiligt als die Schweiz?**

Unser Land galt im Krieg keineswegs als sicher: Alle, die irgendwie konnten, speziell auch jüdische Anleger, gaben ihrer Schweizer Bank die Anweisung, die vorhandenen Konten und Depots in die USA zu transferieren.⁵³ Das war für die Schweiz sicher kein gewinnträchtiges Geschäft.

Die USA profitierten während des Krieges von grossen Vermögenswerten. **So erhielten sie allein im Jahr 1940 21 Milliarden Franken aus Europa!**⁵⁴

In der Schweiz sank während des Krieges das verfügbare Realjahreseinkommen jedes Schweizer von 1772 Franken im Jahre 1939 auf 1636 Franken im Jahre 1944.⁵⁵ Anders war es jedoch in Amerika: Dort stieg das Bruttosozialprodukt zwischen 1939 und 1944 von 90,5 Milliarden Dollar auf 210,1 Milliarden Dollar. In der gleichen Zeit stieg das Pro-Kopf-Einkommen in den USA von 691 auf 1'518 Dollar, d. h. von damals 3'100 auf 6'800 Franken.⁵⁶

Das ist die Wahrheit über die angebliche Gewinnsucht der neutralen Schweiz, Herr Eizenstat!

Heute behaupten linke Historiker, **Hitler habe die Schweiz nicht angegriffen, weil sie ihm als Handelsplatz und als Finanzdrehscheibe zu kostbar gewesen sei**. Mit dieser Behauptung erklärt man Hitler geradezu zum Wirtschaftssachverständigen, als ob er sich in seiner Politik jemals von wirtschaftlichen Gegebenheiten habe beeinflussen lassen. **Hätte er nämlich auch nur den geringsten ökonomischen Sachverstand besessen, hätte er den Zweiten Weltkrieg gar nie vom Zaun gebrochen!**

⁵¹ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den Beitritt der Schweiz zu dem am 16. April 1948 in Paris unterzeichneten Abkommen über die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 20. August 1948, in: Bundesblatt Nr. 34 vom 26. August 1948, S. 1199.

⁵² Die amerikanische Marshallplanhilfe für Westeuropa umfasste ca. 13 Milliarden Dollar. Die Bevölkerung der USA betrug nach dem Zweiten Weltkrieg ca. 135 Millionen Menschen.

⁵³ Balzli (1997), S. 79.

⁵⁴ Jahresbericht von 1940 der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ), Basel 1941, S. 99.

⁵⁵ Historische Statistik der Schweiz, hrsg. von Hansjörg Siegenthaler und Heiner Ritzmann, Zürich 1996, S. 871, Tabelle Q.4b.

⁵⁶ Die Vereinigten Staaten von Amerika, Fischer Weltgeschichte, Bd. 30, Frankfurt am Main 1993, S. 502.

VII. Der Gotthardvertrag: deutsche und italienische Transitrechte seit 1909

Für den Kenner der Geschichte geradezu erheiternd ist Eizenstats Aussage, die Schweiz habe eine **"nie dagewesene"** die Verwendung ihres Schienennetzes für den Transport von Kohle und anderer Waren zwischen Deutschland und Italien erlaubt. Tatsächlich gehen die weitgehenden Transitrechte dieser beiden Länder auf den Alpendurchstich von 1880 zurück, an dem sie sich massgeblich finanziell beteiligt haben. Beim Rückkauf der Gotthardbahn durch den Staat musste die Schweiz den deutschen und italienischen Verkehrsinteressen weit entgegenkommen. **Der entsprechende Gotthardvertrag vom 20. April 1909 verpflichtete die Schweiz gegenüber Deutschland und Italien zu wesentlichen Transitzugeständnissen und Steuererleichterungen.** Dies führte damals im Parlament und im Volk zu einem heftigen, jahrelangen Streit, ob der vom Bundesrat vorgeschlagene Vertrag sich noch mit der Schweizer Unabhängigkeit und Souveränität vereinbaren lasse. Leidenschaftliche Volksversammlungen und Druckschriften, schliesslich eine Petition mit 130'000 Unterschriften kamen nicht zum Ziel.⁵⁷ **Im Parlament obsiegten (leider schon damals) jene, die sich als "europafreundlich", "zukunftsgerichtet" und "weltoffen" erklärten. Die Schweiz garantierte demnach Deutschland und Italien, "den Betrieb der Gotthardbahn gegen jede Unterbrechung, von den Fällen höherer Gewalt abgesehen, sicherzustellen".**⁵⁸ **Der Gotthard-Staatsvertrag war auch während des Zweiten Weltkrieges rechtskräftig.** Die Schweiz hatte in ihrer damaligen Situation keinen Grund, rechtsbrüchig zu werden. Und genau dies wird uns heute im Eizenstat-Bericht zum Vorwurf gemacht. **Vielleicht lernen wir aus der Geschichte für die Gegenwart, dass unser Land seine Transitrechte nicht leichtfertig preisgeben darf, dass es seine Souveränitätsrechte gerade in Verkehrsfragen sorgfältig bewahren muss.** Wer weiss, wer uns sonst in Zukunft einen Strick daraus drehen wird!

⁵⁷ Handbuch der Schweizer Geschichte, 2. Aufl., Bd. 2, Zürich 1980, S. 1122 f.

⁵⁸ Ganzer Vertragstext in Wey, Max Sigmund: Die Entwicklung und Verstaatlichung der Gotthardbahn, Diss. iur., Bern 1914. Vgl. auch Bosshard, Felix: Der Gotthardvertrag von 1909, ein Beitrag zur schweizerischen Innen- und Aussenpolitik vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Diss. phil., Zürich 1973.

VIII. Schlussfolgerungen zum Eizenstat-Bericht

1. Der Eizenstat-Bericht stellt einen Angriff auf unsere Staatssäulen Neutralität und Souveränität dar.

Er bedeutet eine unzulässige Einmischung eines fremden Staates in unsere inneren Angelegenheiten.

Ein souveräner Staat darf sich eine solche Einmischung nicht bieten lassen.

Der Bericht ist in aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Die bisher vom Bundesrat erteilte Antwort dürfte in den USA kaum als eine solch entschiedene Rückweisung aufgefasst werden.

2. Das Urteil eines amerikanischen Staatssekretärs erstaunt um so mehr, als die Amerikaner ein traditionell von uns Schweizern bewundertes und befreundetes Volk sind. Wir Schweizer haben uns wohl bewusst zu sein, dass es sich beim Eizenstat-Bericht nicht um ein Fehlurteil des amerikanischen Volkes handelt, sondern eines Staatssekretärs der gegenwärtigen Administration in Washington. Es wäre bedauerlich, wenn deswegen das seit über 200 Jahren gute und freundschaftliche Verhältnis zwischen der Schweiz und Amerika gestört würde.

Der von führenden Leuten der Schweizer Wirtschaft und der Politik im privaten Gespräch entschuldigend vorgebrachten Hinweis, die Administration Clinton stehe eben unter starkem Druck der jüdischen Organisationen in New York, ist belanglos. **Selbst wenn es so wäre, könnte unser Land eine solche Rechtfertigung nicht akzeptieren und der Bericht wäre auch dann zurückzuweisen.**

3. Das Urteil Eizenstats, die Neutralität sei "unmoralisch", ist beleidigend und stellt einen Angriff auf das Völkerrecht dar. Die schweizerische Neutralität war auch während des Zweiten Weltkriegs keine momentane opportunistische Haltung, sondern eine über Jahrhunderte bewährte eidgenössische Staatsmaxime.

4. Hingegen zeigt dieser Bericht mit aller Deutlichkeit, wie gefährlich eine nur momentane, im speziellen Kriegsfall gehandhabte Neutralität für unser Land wäre: Glaubwürdig ist die Neutralität nur, wenn sie **dauernd, immerwährend, ewig** ist. Meines Erachtens hätte sich die Schweiz nach dem Krieg nicht rechtfertigen können, **wenn sie sich nicht auf die jahrhundertalte, dauernde, immerwährende Neutralität als feste Staatsmaxime hätte berufen können.** Dies ist in den heutigen Tagen in der Schweiz besonders zu betonen.

5. Der Vorwurf des "Legalismus" ist nichts anderes als Ausdruck einer Gesinnung, welche die Macht des Grossstaates über das Recht des Kleinstaates stellt. Gerade der Kleinstaat, dem die Macht fehlt, hat sich strikt an das Recht zu halten. Der Vorwurf Eizenstats, die Schweiz sei zu legalistisch verfahren, ist gerade für einen Kleinstaat völlig unakzeptabel.

6. In Bezug auf die Aussenwirtschaft hat sich die Schweiz nichts vorzuwerfen. Die schweizerische Aussenwirtschaft nach dem Prinzip "Handel nach allen Seiten" war ein unentbehrliches Mittel, um als neutraler Staat zu überleben und den Krieg durchzustehen. Das Recht auf dieses Mittel wird sich die Schweiz nie nehmen lassen.

7. Der Goldkauf der schweizerischen Nationalbank bei der deutschen Reichsbank war eine Notwendigkeit im wirtschaftlichen Abwehrdispositiv unseres Landes. Der Kauf wurde nicht zuletzt durch die Tatsache nötig, dass die USA in den Kriegsjahren die dort gelagerten schweizerischen Goldreserven eingefroren haben. Einer allenfalls zu geringen Vorsicht bei diesen Goldgeschäften durch die Nationalbankführung wurde **durch das Washington-Abkommen von 1946 und der Bezahlung von 250 Millionen Schweizerfranken in Gold mehr als Rechnung getragen. Eine Neuverhandlung des Washington-Abkommens, welches in der Schweiz allgemein als ungerecht und erniedrigend empfunden wurde, ist abzulehnen. Allenfalls müsste es höchstens zu unsern Gunsten abgeändert werden.**

8. **Die kleine Schweiz hat durch ihren Handel mit Deutschland den Krieg nicht verlängert.** Jedenfalls müssten sich die USA weit mehr fragen, was die Grossmächte alles getan oder eben nicht getan haben, womit der Krieg erst ermöglicht oder verlängert wurde.

9. **Die Schweiz ist im Krieg weder ein reiches Land gewesen noch ein reiches Land geworden.** Im Gegenteil: auch in der Schweiz herrschten wirtschaftliche Rezession, Armut und Rationierung auf Lebensmitteln. **Von Gewinnsucht zu reden, zeugt von Unkenntnis der Geschichte.**

10. Der eigentliche, historisch-wissenschaftliche Teil des Eizenstat-Berichtes bringt kaum neue Erkenntnisse. **Manches Urteil von Staatssekretär Stuart Eizenstat kann sich nicht im geringsten auf den historisch-wissenschaftlichen Teil seines eigenen Berichtes abstützen.**

IX. Wir schämen uns unserer Geschichte nicht

Die Schweizer Politstrategen - beraten von einer teuren New Yorker Werbeagentur - sind einer **grundfalschen und gefährlichen Strategie verfallen**: Unsere Unterhändler betteln in den USA neuerdings treuherzig, man möge die Schweiz doch **nicht an ihrer Vergangenheit messen, sondern an ihrem guten Willen**, die Geschichte endlich "aufzuarbeiten" und für die Sünden der Vorfahren zu bezahlen.⁵⁹ Da und dort heisst es, man solle sich auf die **Gegenwart und auf die Zukunft** konzentrieren, es sei zwecklos, den Amerikanern unsere Geschichte näherzubringen, da sie diese doch nicht verstünden⁶⁰

Das ist falsch. Auch das amerikanische Volk lässt sich von guten, historisch fundierten Argumenten überzeugen. Die Ausklammerung der Vergangenheit wird in Amerika - zu Recht - als Zeichen eines schlechten Gewissens, des Verdrängens von unangenehmen Tatsachen, aufgefasst. Damit wird das Gegenteil dessen bewirkt, was man erreichen wollte. **Unsere diplomatischen Vertreter haben unsere Geschichte zuerst einmal zu kennen, dann sich ihr zu stellen, sie zu erklären und mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass wir - auch wenn, wie überall, einzelne Fehler gemacht wurden - genau wie die Amerikaner stolz sind auf die Leistungen der Vorfahren während des Zweiten Weltkrieges!** Wir haben uns unserer Geschichte nicht zu schämen! Besonders nicht der Geschichte des Zweiten Weltkrieges!

Hinstehen, die Zusammenhänge einem weitgehend ahnungslosen Weltpublikum erläutern und zweckbestimmte Verleumdungen und Unterstellungen klar zurückzuweisen, das ist die Aufgabe unserer Regierung. Wer zu regieren hat, wer sich für eine Sache einzusetzen hat, wer für das Recht des eigenen Landes kämpfen muss, wer sich für die schweizerische Selbstbestimmung einsetzt, der hat gelegentlich auch die Einsamkeit des Regierens zu ertragen. Wer das nicht aushält, hat sich aus der Führung zu verabschieden. Doch unsere Aussenpolitiker in Bern und jenseits des Atlantiks bekunden grosse Mühe, mit Spannungen zu leben und einen gelegentlichen Liebesentzug zu ertragen.

Solange die Schweiz mit ihrer Neutralität, mit ihrer direkten Demokratie, mit ihrem Föderalismus international in Frage gestellt wird, solange sich unsere Vertreter im Ausland täglich aufs neue für die in Jahrhunderten gewachsenen Staatssäulen rechtfertigen müssen, solange ist mir um die Schweiz nicht bange. Erst die tägliche Kritik von aussen macht ein Land stark und selbstbewusst. Fritz Bopp, ein wichtiger Mitbegründer der Zürcher Bauernpartei - der heutigen SVP -, der sich im Selbststudium vom Bauernknecht zum Nationalrat und Zeitungsredaktor hochgearbeitet hatte, verglich 1919 den damaligen Bundespräsidenten Ador anlässlich eines Staatsbesuchs in Frankreich **mit einem Kind, das vor seinem ersten Weihnachtsbaume steht und alles für Gold hält, was da droben schimmere.** Zitat: "Da wollen wir zu Hause Gebliebenen, die sich nicht von persönlichen Huldigungen blenden lassen mussten, uns kühl und nüchtern daran erinnern, dass der Schweiz nie dann die grösste Gefahr drohte, wenn fremde Kanonenschlünde vor ihren Grenzen starrten - wohl aber, wenn die Grossen draussen unsere Vertreter in ein Übermass von Liebenswürdigkeit verstricken: Dann wie nie muss der Mahnruf gelten: 'Betet, freie Schweizer, betet!'"

⁵⁹ "Seit dieser Woche klingt es überall viel positiver", Jeffrey Kahn, Berater der Schweizer Diplomaten, über die Stimmung gegenüber der Schweiz in den USA, in: "SonntagsZeitung" vom 18. Mai 1997, S. 8.

⁶⁰ Müller, Felix E.: Washington attackiert und Bern duckt sich, in: "Die Weltwoche" vom 15. Mai 1997, S. 1.

X. Unglaubliche Kritiker der Schweiz

1. Die Linke

In der sogenannten "Aufarbeitung" der Schweizer Geschichte verschaffen sich derzeit vor allem Linke Gehör. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade sie sich heute als moralistische, heuchlerische "Aufarbeiter" hervortun: **Weil die Linken nach dem katastrophalen Scheitern des realen Sozialismus für die Gegenwart und die Zukunft nichts mehr zu bieten haben, versuchen sie jetzt, sich wenigstens noch der Vergangenheit zu bemächtigen.** Doch wie glaubwürdig sind sie?

Der Bundesrat hat es für gut befunden, in die Historikerkommission mit Jakob Tanner einen Marxisten zu berufen. Tanner hat auch für die Schweiz die Einführung einer "sozialistischen Demokratie" gefordert, die - Zitat - "alle Bereiche umfasst".⁶¹ Der Bundesrat sollte sich gelegentlich daran erinnern, dass es in unserem Jahrhundert zwei ideologische Hauptübel gegeben hat: den **Faschismus und den Kommunismus**. Beide stehen sich in der Millionenzahl von Todesopfern in nichts nach. **Die freiheitlichen Demokratien aber haben braune und rote Fäuste bekämpft.** Beide politischen Irrlehren waren gleichermassen freiheitsfeindlich und unterwarfen den Menschen der totalen Herrschaft des Staates. Wir müssen es mit Nachdruck ablehnen, dass ein Marxist in unserer Historikerkommission etwa über die Schweizer Flüchtlingspolitik befindet. **Wir müssen es ohne weiteres ablehnen, dass Tanner als Anhänger der alles umfassenden sozialistischen Demokratie darüber urteilt, wie die Schweiz ihre humanitären Ideale zu wahren habe. Dafür ist der Anteil der von ihm bewunderten sozialistischen Demokratien am Flüchtlingselend dieses Jahrhunderts - in der Sowjetunion, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Afghanistan - denn doch zu gross!**

Wie sehr sich die freiheitsfeindlichen Diktaturen von Kommunismus und Faschismus zuweilen die Hände reichen, zeigt der Ausspruch Hitlers, er habe als "einfacher Arbeiter" angefangen und sei Sozialist. Mussolini rief beim Ausschluss aus der sozialistischen Partei aus, man könne ihn nicht loswerden, weil er ein Sozialist sei und immer bleiben werde.⁶² Ebenso ist es eine fast unglaubliche Tatsache, dass das **offizielle Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die "Berner Tagwacht", am 26. Juli 1943, einen Tag nach Mussolinis Sturz, über den 60. Geburtstag des italienischen Faschistenführers schrieb: "Wie auch das letzte Ende sei, ihm gebührt ein Platz in der Weltgeschichte, und das letzte Urteil wird ihm persönliche Sauberkeit, Tatkraft und eminente Fähigkeiten zubilligen. Ein politisches Genie von grosser dynamischer Kraft."**⁶³ **Sind also die Linken, von denen unzählige den realen Sowjetsozialismus mit all seinen Greueln bewundert haben, glaubwürdige "Aufarbeiter" der Schweizergeschichte?**

2. Pro Helvetia

Die Schweizer Stiftung "Pro Helvetia" ist 1939 im Zeichen der geistigen Landesverteidigung gegen die damalige Gefahr totalitärer Ideologien gegründet worden. Noch heute obliegt der Stiftung laut Bundesgesetz unter anderem die Werbung um das Verständnis für das schweizerische Gedanken- und Kulturgut im Ausland.⁶⁴ Ihr Geld bezieht die Stiftung vom Bund, also aus Steuergeldern. Im Januar dieses Jahres hatte der Stiftungsratsausschuss die glorreiche Idee, neun **der selbstanklägerischsten und einseitigsten Schweizer Filme über die Jahre 1939 bis 1945 in Amerika zu zeigen.** (Die Anregung dazu ist von Filmemachern ausgegangen. Es gibt ja hierzulande fast mehr Filmemacher als Leute, die ihre Filme anschauen wollen!) So wurden Fr. 200'000.-- bewilligt, um diese Filme in den Städten New York, Chicago, Boston und Washington zu zeigen. Es habe viele Schweizer Filmema-

⁶¹ Tanner, Jakob / Schäppi, Hans / Müller, Felix: Krise - Zufall oder Folge des Kapitalismus, die Schweiz und die aktuelle Wirtschaftskrise, eine Einführung aus marxistischer Sicht, Zürich 1976, S. 209 f.

⁶² Stäubli, Eduard: "... so dass keiner mehr die Sprache des andern versteht", Politik mit verfälschten Begriffen, in: Medien-Panoptikum, April 1997, S. 26.

⁶³ "Berner Tagwacht", offizielles Publikationsorgan der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 26. Juli 1943, 51. Jg., Nr. 171, S. 2. Zu Mussolinis Rassengesetzen und zu seiner Judenpolitik vgl. Stamm, Rudolf: Mussolinis Italien und die Juden, amtliche Diskriminierung nach zwei Jahrtausenden Koexistenz, in: "Neue Zürcher Zeitung", 24./25. Mai 1997, S. 9.

⁶⁴ Bundesgesetz vom 17. Dezember 1965. Vgl. Schweizer Lexikon, Bd. 5 (1993), S. 243.

cher gegeben - so der Begleittext -, die ihre Augen und Ohren nicht vor der "Realität" verschlossen hätten. Und wörtlich: "Die Filme beleuchten die dunklen Ecken der Schweizer Geschichte und wirbeln Staub auf in den Korridoren der Macht."⁶⁵ Unter keinen Umständen gehe es darum, patriotische und rechtfertigende Übungen zu veranstalten, indem man eine reinwaschende Version der Schweizer Geschichte präsentiere. Aber seien Sie beruhigt, dieser masochistische Amerika-Feldzug der Pro Helvetia wird vor der schweizerischen Öffentlichkeit bis heute strikt geheim gehalten; wir dürften nichts davon wissen, wir dürfen nur bezahlen!

Pro Helvetia - das heisst jeder Schweizer Steuerzahler - bezahlt die Transportkosten, Vorführrechte und Werbefeldzüge der Filmveranstaltungen. Wir alle bezahlen auch die USA-Reisen für unsere mitgelieferten kritischen Historiker samt Unterkunft, Verpflegung und geradezu "kapitalistisch" fetten Honoraren. Auf unser aller Kosten soll neben Jakob Tanner (schon wieder!) u. a. auch der famose Historiker **Mario König** als Ankläger mitreisen. Seine deutschen Eltern haben die Nazis in der Schweiz überlebt und sind nach dem Krieg nach Deutschland zurückgekehrt.⁶⁶ Als Anhänger der Psychoschule von Friedrich Liebling (heute VPM) kam König 1969 wieder in die Schweiz, wurde Schweizer und bediente zum Dank unlängst einen englischen Autor mit Material aus dem Bundesarchiv. Daraus wurde unter dem Titel "Blutgeld" eine widerliche Artikelfolge in der "Sunday Times".⁶⁷ **Das beigegebene Bild stellte das Hakenkreuz mit dem Schweizerkreuz gleich und zeigte in einer Fotomontage das KZ-Tor von Auschwitz als Eingang zur Schweizer Berglandschaft. Sind die Kulturfunktionäre der Stiftung "Pro Helvetia", sind die von ihr bezahlten Kulturreisenden glaubwürdige "Aufarbeiter" der Schweizergeschichte?**

3. Das Schweizer Fernsehen

Das Schweizer Fernsehen will diesen Sommer in 27 meist abendfüllenden Sendungen auf zwei Sendeketten der Schweiz und dem Ausland endlich beibringen, wie die Geschichte zu sehen ist. Im offiziellen Begleitbrief des Fernsehens steht wörtlich: "Der Mythos der neutralen Schweiz, die wehrhaft dem Naziterror standgehalten hat, ist heute endgültig entmystifiziert... Wie Deutschland- und nazifreundlich, aber auch **wie antikommunistisch** die Alpenrepublik war, hat eine kritische Geschichtsschreibung seit Ende des Zweiten Weltkrieges aufgearbeitet." Merken Sie es? Besonders schlimm ist, dass die Schweiz auch noch antikommunistisch war! Und jetzt kommt das Schönste: "Auch der 1. August - der Schweizer Nationalfeiertag - steht konsequenterweise ganz im Zeichen der kritischen Geschichtsschreibung."⁶⁸ **Wir haben es wahrlich weit gebracht, wenn unser Staatsfernsehen im Stile totalitärer Staatsapparate dem Volk von oben her vorschreibt, welches Geschichtsbild es gefällt "konsequent" zu pflegen habe. Sind die ideologischen Eiferer unserer Monopolfernsehanstalt glaubwürdige "Aufarbeiter" der Schweizergeschichte?**

4. Die jüdischen Organisationen und ihre Vertreter

Es ist Tatsache, dass wir heute von Organisationen und deren Vertretern in New York bedroht, beschimpft und erpresst werden. **Aber so, wie das Urteil von Stuart Eizenstat über die Schweiz kein Urteil des amerikanischen Volkes ist, sowenig ist das, was der Jüdische Weltkongress mit der Schweiz tut, den Juden als gesamtes anzulasten.** Fehlerhaftes Verhalten solcher Organisationen darf also keinesfalls verallgemeinert und den Juden schlechthin angelastet werden. Leider entpuppen sich heute auch einige Verantwortliche von jüdischen Organisationen in der Schweiz als heftige Kritiker der Geschichte unseres Landes. So vor allem Dr. Sigi Feigel, der nicht müde wird, sein Ehrenpräsidium der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich zu betonen. In einem "offenen Brief" hat er sich zu meiner Person geäußert, er habe mich bislang immer gegen den Vorwurf, ich sei ein Antisemit, in Schutz genommen, er müsse dieses Fehlurteil nun aber korrigieren.⁶⁹ **Ich kann Herrn Feigel versi-**

⁶⁵ Why a film series about Switzerland between 1933 and 1945? Undatierter Text der Stiftung Pro Helvetia, Sekretariat Hirschengraben 22, 8024 Zürich. World war II and Switzerland, undatierter Text von Ralph McKay, "Tour Cordinator" der Pro Helvetia.

⁶⁶ Undatiertes Curriculum vitae von Mario König des Sekretariats der Stiftung Pro Helvetia, Zürich.

⁶⁷ Vgl. auch Bower, Tom: Das Gold der Juden, München 1997.

⁶⁸ Die Schweiz im Schatten des Dritten Reiches, Faksimile des offiziellen Begleitbriefs des Schweizer Fernsehens, in: "Schweizerzeit" Nr. 11, 30. Mai 1997, S. 3.

⁶⁹ Feigel, Sigi: Offener Brief an Christoph Blocher, in: "Tages-Anzeiger" vom 3. März 1997.

chern, dass ich auf sein Attest, ich sei kein Antisemit, getrost verzichten kann. Mein eigenes Gewissen erscheint mir in dieser Sache weit zuverlässiger!

Auch der heutige Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes warnte mich nach meiner Rede vom 1. März 1997 vor Antisemitismus. Ich glaube, es ist dringend nötig, wieder einmal begriffliche Klarheit zu schaffen. Ein **Antisemit** ist ein Mensch, der andere Menschen wegen deren jüdischem Glauben oder wegen deren jüdischer Herkunft verachtet oder verfolgt. Wenn nun neuerdings Leute als Antisemiten verschrien werden, die Juden oder jüdische Organisationen **kritisieren**, so ist dies eine unzulässige Ausweitung des Begriffs "Antisemit". Ich habe niemals Menschen oder Organisationen kritisiert, **weil** sie jüdisch sind, sondern ich habe es getan, **obwohl** sie es sind.

Eizenstat verurteilt unseren Handel mit Deutschland schrill, bleibt aber in der Kritik der Abweisung von jüdischen Flüchtlingen merkwürdig kleinlaut. Der Grund ist klar und wird auch eingestanden: Die USA haben in diesem Punkt nicht den geringsten Grund, die Schweiz allzu lautstark an den Pranger zu stellen. Sie haben ihre äusserst restriktiven Einwanderungsbestimmungen erst 1948 gelockert! Die Schweiz hat zwischen 1933 und 1945 50'000 jüdische Flüchtlinge aufgenommen, von denen 30'000 im Land blieben und hier den Krieg überlebten. Ich sage hier mit aller Deutlichkeit, was ich leider aus dem Munde unserer Behörden noch nie gehört habe: **Kein Land der Welt hat in diesem für die jüdische Gemeinschaft mörderischen Zeitraum mehr Juden aufgenommen als die Schweiz.**⁷⁰ Auch nicht grosse Länder in ungleich besserer strategischer und geopolitischer Lage! Zwischen 1940 und Sommer 1942 konnten nur gerade 38 Flüchtlinge aus der Schweiz in die USA überführt werden.⁷¹ **Ist es also richtig, wenn heute Vertreter jener Staaten, die nicht geholfen haben, der Schweiz vorwerfen, sie habe zu wenig geholfen?**⁷²

Aber auch die jüdischen Organisationen und ihre Exponenten haben wenig Grund, selbstgerecht mit dem Zeigefinger auf die Flüchtlingspolitik und deren Verantwortliche in den Kriegsjahren zu zeigen. Wenn Feigel sagt, "als Schweizer fühle ich mich heute herausgefordert, die 'gute Schweiz' gegen einen Christoph Blocher zu verteidigen",⁷³ so ist es wunderbar, wenn man sich in dieser sündigen Welt zu den Schuldlosen und zu den Guten zählen darf! Nur ist es gerade in der Geschichte nicht immer ganz einfach, Gut und Böse zu unterscheiden. Dies gilt in besonderem Mass auch für die damalige Flüchtlingspolitik: **Die verantwortlichen Stellen des Bundes und die höchsten Repräsentanten der Schweizer Juden haben vor und während der Kriegsjahre eng zusammengearbeitet.** Beide Seiten verstanden unser Land lediglich als Durchgangsstation für jüdische Flüchtlinge und nicht als Ort der dauernden Niederlassung.⁷⁴ Man einigte sich darauf, dass die Schweizer Juden durch Spenden im In- und Ausland für jüdische Flüchtlinge grösstenteils selbst aufkamen - der Chef der Polizeiabteilung hat später versichert, **dies sei auf Initiative der Schweizer Juden geschehen.**⁷⁵ Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund oder der Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen forderten in jenen Jahren wiederholt eine restriktive Flüchtlingspolitik. Im Rückblick, 1984, sagte ein Vertreter der jüdischen Gemeinschaft in St. Gallen: "Ich stehe zu der Behauptung, dass die Leitung der Schweizer Juden an der illimitierten Einreise von Emigranten aus Kurzsichtigkeit kein Interesse hatte, weil sie dadurch eine Zunahme des Antisemitismus in der Schweiz befürchtete. Unerklärlich ist nur,

⁷⁰ Aussage von Gerhard M. Riegner, vgl. "Neue Zürcher Zeitung" vom 1. März 1997.

⁷¹ Mysyrowicz, Ladislav / Favez, Jean-Claude: Le Refuge, in: RH 2e Guerre mondiale 121, S. 112-120. Chevallaz (1997), S. 196.

⁷² Vgl. den Aufruf von Vetstein, Michael: An die jüdischen Glaubensgenossen, Inserat in der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 17./18. Mai 1997, S. 50.

⁷³ Ein Tag im Leben von Sigi Feigel, in: "Tages-Anzeiger-Magazin" Nr. 20, 17. Mai 1997, S. 63.

⁷⁴ Picard, Jacques: Die Schweiz und die Juden 1933-1945, 2. Aufl., Zürich 1994, S. 279-385. "Herr Mayer (SIG-Präsident) ist, in Übereinstimmung mit seinen Kollegen im Zentralkomitee, durchaus einverstanden mit unserer Praxis den Emigranten gegenüber. [...] Vor allem müssen die Emigranten unser Land verlassen, sobald sich ihnen Möglichkeiten dazu zeigen. [...] Dadurch ermöglichen wir den leitenden vollkommen schweizerisch empfindenden Persönlichkeiten der schweizerischen Judenschaft die Aufgabe, die sie sich selbst gestellt haben und die in der gleichen Richtung geht." Heinrich Rothmund, Chef der Polizeiabteilung im EJPD, an Oberstlt Müllener, Sektion Heer und Haus. Mysyrowicz, Ladislav: Le Dr Rothmund et le problème juif (février 1941), in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 32, 1982, S. 355.

⁷⁵ "Da in einzelnen Kantonen Schwierigkeiten entstanden waren in Bezug auf den Aufenthalt dieser Flüchtlinge, sprachen die Vertreter der schweizerischen Judenschaft bei uns vor und erklären, diese sei bereit, die Kosten für einen vorübergehenden erwerbslosen Aufenthalt dieser Emigranten zu übernehmen, wenn die Kantone sie aufnehmen wollten. Die Initiative zu dieser Erklärung ging von den Herren Saly Mayer, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, und Silvain Guggenheim, Präsident des Verbands Schweizerischer Jüdischer Armenpflegen, aus." Heinrich Rothmund an Bundesrat Markus Feldmann, 24. Mai 1954, Schweizerisches Bundesarchiv, 4800 A 1997/111, Nr. 207.

nur, dass man später nie zu dieser Meinung stand".⁷⁶ Der Präsident der Jüdischen Fürsorgen einigte sich schon im August 1938 mit der Polizeiabteilung, dass es wegen der grossen Zahl von jüdischen Emigranten "keine andere Möglichkeit als Sperrung der Einreise" gebe.⁷⁷ Am 12. Oktober 1938 wurde Saly Mayer, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes und damit oberster Vertreter der Schweizer Juden, in Bern über die Einführung eines "Juden-Stempels" in den Pässen deutscher Juden informiert. Mayer äusserte zwar sein Bedenken, ob es möglich sei, den Juden-Stempel so zu erklären, dass er nicht als schweizerische Massnahme gegen die Juden ganz allgemein angesehen werde. Er sagte aber auch: **"Die schweizerischen Juden sorgen, soweit es in ihrer Macht steht, dafür, dass die Massnahme im Ausland verstanden wird."**⁷⁸ Saly Mayer, Präsident des Gemeindebundes, hat die (Zitat) "untragbare Emigrantenwelle" dann auch nach Bern gemeldet.⁷⁹ Noch im September 1942 - nach der vorübergehenden totalen Grenzsperrung durch den Bund - beklagte er sich, dass der Schweizerische Israelitische Gemeindebund "nicht Stellung gegen die Flüchtlingsinvasion beziehen" könne, "aber für deren Folgen aufkommen" müsse.⁸⁰ Mayer torpedierte 1944/45 in völlig unverständlicher Weise verschiedene Rettungsaktionen zugunsten von KZ-Häftlingen; ansonsten wäre es gelungen, kurz vor Kriegsende noch weit mehr als die schliesslich geretteten 1200 Juden aus dem KZ Theresienstadt in die sichere Schweiz zu bringen.⁸¹ Als 1954 eine Welle der Empörung über den Juden-Stempel und über die Schweizer Flüchtlingspolitik hereinbrach, bot eine jüdische Organisation in New York, die sich finanziell an der Rettung von Flüchtlingen beteiligt hatte, den Schweizer Juden ihre publizistische Hilfestellung an. Der Präsident der Schweizer Jüdischen Fürsorgen informierte aber das New Yorker Komitee über die enge Zusammenarbeit zwischen dem obersten Gremium der Schweizer Juden und den Polizeibehörden. Er warnte davor, eine gewaltige Breitseite gegen die Schweiz und ihre Regierung abzufeuern, was dann auch unterblieb.⁸²

Warum ich dies alles sage? Die Verantwortlichen der jüdischen Organisationen in der Schweiz, aber auch in Amerika müssten einsehen, dass auch ihre Leute nur Menschen waren. Auch sie standen damals wie die Schweiz unter Angst und Druck, alle haben die lebensgefährliche Situation der europäischen Juden in jenen Jahren oft falsch eingeschätzt. So sind es denn keineswegs die Juden als Gesamtheit, die heute Forderungen stellen; dies beteuern Vertreter der jüdischen Gemeinschaft in Briefen mir gegenüber immer wieder. Es sind bestimmte Funktionäre jüdischer Organisationen, die mit ihren übertriebenen Verdächtigungen und masslosen Ansprüchen eine Zunahme des Antisemitismus in Kauf nehmen.

⁷⁶ Sandor, Lancelot C.: Aktenzeichen Grüninger - ungelöst?, in: "Tages-Anzeiger-Magazin" Nr. 41, 13. Oktober 1984, S. 24.

⁷⁷ Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements an den Bundesrat vom 18. August 1938, Bundesarchiv E 4001 D, 1973/125, Nr. 119.

⁷⁸ Schweizerisches Bundesarchiv 4800 A, 1967/111, Nr. 207. Orientierung von Saly Mayer (Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes) und Silvain S. Guggenheim (Präsident des Verbands Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen) vom 12. Oktober 1938 durch Heinrich Rothmund. Vgl. auch Sandor (1984), S. 24, Picard, 2. Aufl. (1994), S. 168.

⁷⁹ Leserbrief von Herman Landau, 1944-1951 Direktor des Hilfsvereins für Jüdische Flüchtlinge im Ausland (Montreux), im "Tages-Anzeiger-Magazin" Nr. 48 vom 1. Dezember 1984, S. 2.

⁸⁰ Protokoll des Central-Comités des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes vom 24. September 1942, Picard, 2. Aufl. (1994), S. 416.

⁸¹ Landau, Herman: Leserbrief im "Tages-Anzeiger-Magazin" Nr. 48 vom 1. Dezember 1984, S. 2. Zum katastrophalen Verhalten von Saly Mayer (bis 1943 SIG-Präsident) bei der Rettung von KZ-Insassen in den Jahren 1944/45 vgl. besonders Biss, Andreas: Der Stopp der Endlösung, Stuttgart 1966. Biss, Andreas: A million Jews to save, check to the final solution, London 1973, S. 124-127, 134, 157, 164, 183 f, 189, 194, 225 f, 243, 251, 254. Positiver äussert sich Wyman, David S.: Das unerwünschte Volk, Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden, München 1986, S. 277-281, 284 f.

⁸² Archiv des American Jewish Joint Distribution Committee, Brief von Otto Heim vom 26. Juni 1954 und Memorandum vom 18. Juni 1954, Picard, 2. Aufl. (1994), S. 155, 481. Bemerkenswert nüchtern ist das nachträgliche Urteil von SIG-Präsident Saly Mayer kurz vor seinem Tode über die Schweizer Flüchtlingspolitik: "Es hätte mehr getan werden können, es hätte aber auch weniger getan werden können." Brief von Otto Heim an Heinrich Rothmund vom 29. Oktober 1957, Schweizerisches Bundesarchiv E 4800 A 1, Schachtel 1. Vgl. auch Roschewski, Heinz: Heinrich Rothmund in seinen persönlichen Akten, in: Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, Studien und Quellen 22, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, Bern 1996, S. 111 f.

Wenn jüdische Organisationen mit Nachdruck die Aufarbeitung der Geschichte fordern, so hat dies für alle zu gelten. **Es geht nicht an, dass der Schweizerische Israelitische Gemeindebund noch heute seine damaligen Protokolle vor der allgemeinen Forschung geheimhalten will.**⁸³

Die neuere Forschung hat auch gezeigt, dass die **amerikanischen jüdischen Organisationen** nicht mehr als "das absolute Minimum zur Rettung der europäischen Juden" unternommen haben.⁸⁴ Auch diese Organisationen müssen erkennen, dass ihre Vertreter in den schweren Kriegsjahren ebenso Fehler machten wie andere Menschen auch.

Woher also nehmen der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und der Jüdische Weltkongress angesichts ihrer eigenen Geschichte ohne weiteres die Legitimation, die Interessen der KZ-Opfer zu vertreten? **Ist der Jüdische Weltkongress als Kampagnenführer gegen die damalige und heutige Schweiz und als Forderer von Geldopfern unter diesen Umständen glaubwürdig?**

5. Ein Schweizer Schriftsteller als "deutscher Kulturbürger"

Ein Schriftsteller namens Adolf Muschg äussert in einem in Deutschland gedruckten Büchlein die Meinung, "dass Auschwitz nicht nur überall lag, sondern auch in der Schweiz liegt". Es brauche keinen bösen Blick, um "im einst realen Auschwitz etwas von der Fassade der heute nicht mehr ganz realen Schweiz wahrzunehmen: den Geranienschmuck vor den Fenstern, die peinliche Sauberkeit, wo es darauf ankam (...)." ⁸⁵ Nun könnte man natürlich annehmen, einem Herrn Professor, der ein geraniengeschmücktes Schweizerhaus mit der schlimmsten Tötungsfabrik aller Zeiten gleichsetzt, sei nicht mehr zu helfen. **Mit seiner Geranienschmuckgeschichte stellt er nicht nur einen direkten Zusammenhang unseres Landes mit dem schlimmsten Massenmord der Geschichte her.** Gleichzeitig wirkt der Vergleich von Schweizer Sauberkeit mit dem KZ Auschwitz unglaublich verharmlosend. Gerade seine jungen, von der Geschichte wenig belasteten Leserinnen und Leser werden zum Schluss kommen: Wenn Auschwitz etwa so schlimm war wie die Sauberkeit und der Geranienschmuck eines Schweizerhauses, dann ging es in einem KZ ja wirklich recht gemütlich zu und her. **Muschgs Aussage ist eine unglaubliche Verhöhnung der Millionen in Auschwitz zu Tode gekommenen Opfern!**

Ein weiteres kommt hinzu: Adolf Muschg ist seit einiger Zeit ein wie nie zuvor begehrter Gast in deutschen Fernsehsendungen, deutschen Zeitschriften und deutschen Zeitungen. Mit anklägerischer Grabesstimme moralisiert Muschg in deutschen Massenmedien über die fürchterliche Mitschuld der eigennützigen Schweiz an den Nazi-Verbrechen. Dies ist Labsal für die deutsche Seele, denn nichts ist dem Menschen angenehmer, als wenn er einen Mitschuldigen findet und wenn die Grenze der Verantwortung möglichst verwischt wird.

Nun hat diese Anbiederung eines Schweizer Schriftstellers an den nördlichen Nachbarn natürlich einen handfesten Grund: In **Deutschland** verkaufen sich seine Bücher im Vergleich zur kleinen Schweiz um ein Vielfaches zahlreicher. In Deutschland braucht er darum in erster Linie die Verlage, die Kritiker, die Auftritte, die Literaturpreise. Auch Herr Muschg hat nun also den Holocaust als Geschäft entdeckt! Und so sagt und schreibt denn dieser Professor unter dem Applaus seines deutschen Publikums Sätze wie: **"Besonders ungerne hören die Deutschschweizer, dass sie wieder lernen müssen, deut-**

⁸³ "Unser Archiv bzw. Dokumentation ist nicht öffentlich zugänglich, mit Ausnahme derjenigen Bestände, welche wir an das Archiv für Zeitgeschichte an der ETH Zürich übergeben haben, Ausnahmen können wir nur in begründeten Fällen erteilen." Stellungnahme des SIG-Sekretariats vom 27. Mai 1997. Dazu im Widerspruch: "Wie auch immer, ein gangbarer Weg aus der Sackgasse setzt voraus, dass im Interesse der Wahrheit eine historische Untersuchung in Gang kommt, die auf einen uneingeschränkten Zugang zu allen in- und ausländischen Archiven und Quellen der von der Frage betroffenen Institutionen basieren müsste." Picard, Jacques: Die Schweiz und die Vermögen verschwundener Nazi-Opfer, in: Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, Studien und Quellen 22, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, Bern 1996, S. 273.

⁸⁴ Wyman, David S.: Das unerwünschte Volk, Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden, München 1986. Elam, Shraga: Nazi-Fluchtgelder in der Schweiz, in: Widerspruch 32, Beiträge zur sozialistischen Politik, Jg. 16, Heft 32, Dezember 1996, S. 142.

⁸⁵ Muschg, Adolf: Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt, fünf Reden eines Schweizers an seine und keine Nation, Frankfurt am Main 1997, S. 10.

sche Kulturbürger zu sein." ⁸⁶ Der Wunsch, in Deutschland anzukommen, dort bekannt zu werden und seine Werke bestmöglich abzusetzen, ist für den Deutschschweizer Schriftsteller nicht neu. Er bringt ihn aber zuweilen in heikle Situationen. Karl Schmid, Muschgs Vorgänger als Literaturprofessor an der ETH, hat 1963 im Buch **"Unbehagen im Kleinstaat"** eindrücklich geschildert, wie sich Schweizer Schriftsteller immer wieder nach dem Aufgehen unseres kleinen Landes in einem "Gros-sen-Ganzen" gesehnt haben, wo statt "helvetischem Krämergeist" Tatkraft, Leben und Schicksal herrsche. **Diese Schriftsteller beurteilten die Zugehörigkeit zum Kleinstaat nicht als unser Schick-sal, sondern als unsere Schuld.** ⁸⁷ Der erste dichterische Erfolg von Conrad Ferdinand Meyer hiess "Huttens letzte Tage" und erschien 1871. Es war eine einzige Verherrlichung der eben erfolgten deut-schen Reichsgründung. ⁸⁸ Meyers deutsche Bekannte in Zürich klopfen ihm auf die Schultern, und in Deutschland bekam er über Nacht einen Namen. Gottfried Keller tat 1872 in einem Trinkspruch - er hatte vielleicht schon ein Glas zuviel getrunken - zum Abschied eines deutschen Professors den wenig klugen Ausspruch, es dürfte einmal die Zeit kommen, "in der auch wir Schweizer wieder zu Kaiser und Reich zurückkehren könnten". ⁸⁹ Zahlreiche andere Schriftsteller wären in diesem Zusammen-hang zu erwähnen. Genannt sei hier nur noch der Dichter Jakob Schaffner, der in den dreissiger Jah-ren im Drang, den Deutschen zu gefallen, so sehr ins braune Fahrwasser geriet, dass sich seine Ba-sellandschäftler Heimatgemeinde zuerst weigerte, seine sterblichen Überreste zu beerdigen.

- Schaffner sah die Schweiz in der Zuschauerrolle, vom wirklichen Handeln ausgeschlossen. Muschg schreibt heute vom dunklen Zuschauerraum, in dem wir gesessen hätten, "während auf der Bühne der Krieg spielte".
- Schaffner schrieb 1940, das Schweizervolk stehe "verlegen hinter seiner Drahtverhauen und beginnt sich zu besinnen". Muschg höhnt über den "Belagerungszustand" und über die "Ab-wehrreflexe des Igel-Landes".
- Schaffner schrieb, das "neue Europa" habe kein Interesse, einen "stehengebliebenen Kapita-listenverein" zu unterstützen. Muschg beschreibt die "goldene Nase", die wir am Unglück an-derer verdient hätten.
- Schaffner glaubte, die "Dämmerung der Neutralität" sei angebrochen. Muschg schreibt, mit ih-rer Neutralität habe sich die Schweiz "seit Marignano aus der Welt verabschiedet".
- Muschg kritisiert heute, dass sich die Schweizer ungern als "deutsche Kulturbürger" beken-nen, Schaffner schrieb: "Statt der überbetonten Verschiedenheit wird sich die unerschütterli-che Tatsache unserer Sprach- und Blutsverwandtschaft in der neuen Völkerfreiheit wieder zur Geltung bringen."
- Schaffner schrieb 1940 im Nazi-Propagandablatt "Das Reich": "... so besteht dennoch für un-ser Volk ein ganz gerader einfacher Weg zum Verstehen des Kommenden und zur Einfügung in das neue Europa in Würde und Freiwilligkeit ... In diesem Europa werden zweifellos eine Anzahl wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Vereinheitlichungen beschlossen und einge-richtet werden, denen auch die Schweiz sich entziehen weder wollen noch können wird, denn sie liegt mitten in Europa und ist keine Insel im Atlantischen Ozean." Und Muschg lamentiert 1997: "Die Schweiz gehört nicht zu Europa, sie nimmt nicht teil an der Zivilisation, die bei uns selbst beginnt." Und weiter: "Der einzige Weg aus der heutigen Krise führt uns nach Europa zurück." ⁹⁰

Schaffner und Muschg: Schweizer Schriftsteller der Jahre 1940 und 1997. Schaffner war ein opportunistischer Kollaborateur. Und Muschg? - Zumindest ein opportunistischer Schön-schwätzer!

Der Bundesrat dankte Herrn Muschg für die unserem Land geleisteten "Dienste", indem er ihn zu ei-nem der Berater der Solidaritätsstiftung gewählt hat! **Ist ein solcher Schweizer Schriftsteller wirk-lich ein glaubwürdiger "Aufarbeiter" der Schweizergeschichte?**

⁸⁶ Muschg, Adolf: Im Namen einer Mitbürgerin, in: Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt, Frankfurt am Main 1997, S. 58.

⁸⁷ Schmid, Karl: Unbehagen im Kleinstaat, Zürich 1963.

⁸⁸ Vgl. etwa die Strophe: "Geduld! Es kommt der Tag, da wird gespannt / Ein einig Zelt ob allem deutschen Land!"

⁸⁹ "Badische Landeszeitung" vom 23. März 1872. Kriesi, Hans Max: Gottfried Keller als Politiker, Frauenfeld 1918, S. 204.

⁹⁰ Schaffner, Jakob: Die Schweiz im Neuen Europa, in: "Das Reich" Nr. 12 vom 11. August 1940, S. 17 f. Schaff-ner, Jakob: Der Prozess um mein Land, in: "Das Reich" Nr. 18 vom 22. September 1940, S. 3. Interview mit Adolf Muschg, in: "Der Spiegel" Nr. 12, 1997, S. 183. Muschg, Adolf: Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt, Frankfurt am Main 1997, S. 11, 13, 15, 58.

XI. Das Schweizervolk lässt sich nicht erpressen

Am 5. März hat der Bundesrat der Schweiz und der Welt eine "Solidaritätsstiftung" versprochen. Der Bundespräsident kündigte vor aller Welt an, die Schweiz werde die Goldreserven der Nationalbank aufwerten und davon sieben Milliarden in eine Solidaritätsstiftung einbringen. Nur zwei Tage zuvor hatte der Bundesrat auf die Anfrage eines Parlamentariers nach der Finanzierung der Neat durch den Goldpool der Nationalbank geantwortet, es sei nicht sinnvoll, dafür den Goldbestand der Nationalbank zu verwenden, **"welcher als Reserve für Notsituationen"** gedacht sei. Ich zitiere den Bundesrat: **"Ein solches Vorgehen kommt einem Verscherbeln des Familiensilbers gleich und könnte die dringend zur Beseitigung des strukturellen Defizits notwendige Ausgabendisziplin untergraben."**⁹¹

Warum denn zwei Tage später diese Solidaritätsstiftung? Nach der Boykottandrohung aus New York haben nicht nur die obersten Bankherren die Nerven verloren, auch der Bundesrat ist in Panik geraten, was auch vom Ausland so wahrgenommen wird.⁹² **Er hat sich auf Druck von ausländischen jüdischen Organisationen zu Zahlungen aus dem Volksvermögen erpressen lassen! Dass nun die bis anhin unabhängige Nationalbank geplündert werden soll, ist aus wirtschaftspolitischer Sicht verheerend. Dass sich Schweizer Politiker erpressen lassen, ist aus staatspolitischer Sicht noch viel verheerender.** Der Versuch, Geld oder sonstige Zugeständnisse durch Drohungen zu erpressen, ist in Politik und Wirtschaft leider geradezu alltäglich geworden.⁹³ **Derjenige, der erpresst, handelt zwar schlimm. Noch schlimmer aber handelt derjenige, der Erpressungen nachgibt. Er ermutigt den Erpresser, seine offensichtlich erfolgreiche Erpressungsmethode weiter fortzusetzen und macht sich so stets aufs Neue erpressbar.** Der Bundesrat glaubte, wenn er unter dem schönen Titel "Solidarität" der Welt eine Stiftung ankündige, rede die ganz Welt nur noch von der Schweizer Solidarität. Doch was ist geschehen? **Die ganze Welt spricht vom Eingeständnis einer ungeheuerlichen Schuld!** Und diejenigen Kreise, die uns unentwegt attackieren, reagieren gleich mit neuen erpresserischen Drohungen: Wenn das Schweizervolk der Solidaritätsstiftung nicht zustimme - so tönt es aus Amerika - wäre dies unverzeihlich und habe schwerwiegende Konsequenzen.⁹⁴

Bundespräsident Arnold Koller verkündete, die Hälfte der jährlichen Erträge von diesen sieben Milliarden seien je zur Hälfte im In- und Ausland zu verwenden. Zu denken sei - und nun der Bundespräsident wörtlich - "selbstredend" auch an die "Opfer von Holocaust und Shoa".⁹⁵

Im Nachhinein hat nun aber auch der Bundesrat gemerkt, dass das Volk einer auf Erpressung beruhenden Stiftung nie zustimmen könnte. Der Bundesrat ist darüber erschrocken und will alles wieder rückgängig machen mit der Erklärung, die Stiftung habe überhaupt nichts mit dem Zweiten Weltkrieg, nichts mit dem Druck der ausländischen Kreise zu tun. Man versucht nun durch eine bundesrätliche Erklärung, den Verwendungszweck für Holocaust-Opfer auszuradieren, was aber eine neue Unglaubwürdigkeit darstellt, kündigte doch der Bundespräsident die Stiftung vor dem Parlament unter dem Titel "Nachrichtenlose Vermögen, Erklärung des Bundesrates" an.

Nun fühlt sich jeder desavouiert: Das Schweizervolk, weil es von aussen erpresst werden soll, der Bundespräsident, weil seine damalige Aussage im Namen des Bundesrates von ihm selbst widerrufen werden muss und auch die ausländischen jüdischen Organisationen, denen man am 5. März - noch in der gleichen Nacht - die frohe Botschaft der Stiftung mitgeteilt hat, um sie heute wieder zurückzuziehen.

⁹¹ Bundesrätlicher Slalom um Gold, in: "Neue Zürcher Zeitung" vom 25. April 1997, S. 14. Interpellation Tschopp zur teilweisen Nutzung des SNB-Goldes für "produktive Infrastrukturen" wie die Neat.

⁹² Jonathan Steinberg, Historiker in Cambridge und Holocaust-Spezialist, über die Schwierigkeiten der Schweiz mit ihrer Vergangenheit und mit der Gegenwart, in: "Die Weltwoche" Nr. 24 vom 12. Juni 1997, S. 30.

⁹³ "Klagen als Volkssport in den USA, in: "Neue Zürcher Zeitung" vom 11. April 1997, S. 7.

⁹⁴ "The New York Times" vom 14. Mai 1997: "None of these steps represent full restitution of Switzerland's unpaid obligations. Should the foundation vote fail, the postwar balance sheet will be largely unchanged. That would be unforgivable".

⁹⁵ Die Schweiz und die jüngere Zeitgeschichte, Erklärung von Bundespräsident Arnold Koller vor der Bundesversammlung, in: "Neue Zürcher Zeitung" vom 6. März 1997, S. 15.

Es bleibt dabei: Der Bundesrat hat den Kopf verloren und unser Land durch die Ankündigung einer Solidaritätsstiftung in eine schwierige Situation gebracht. **Nur die höchste Instanz, nämlich das Volk - kann die kopflose Konfusion entwirren, indem es Nein sagt zu dieser Stiftung.**

Doch auch im Inland bedrohen angebliche Demokraten das Volk schon weit vor dem entscheidenden Urnengang über die Solidaritätsstiftung. So schreibt zum Beispiel Muschg: "Nach einem NEIN des Volkes wäre 'Scherbenhaufen' ein zu neutral riechender Ausdruck für Verfassung und Ansehen der Republik. Das geklemmte Gold würde wieder zu jenem Kot, in dem die Psychoanalyse seinen infantilen Rohstoff erkannt hat. Nun wäre der Mist, den wir kollektiv gebaut hätten, so von Ressentiments, Trotz und Selbstvergiftung kontaminiert, dass darauf lange nichts Grünes mehr gedeihen könnte".⁹⁶ Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu Professor Muschg hatte ich als Bauernknecht genügend Gelegenheit, Mist zu verzetteln und die Wirkung von Mist auf die Vegetation zu beurteilen. Ich kann Ihnen sagen, dass das Leben in der Natur nirgendwo so üppig gedeiht wie dort, wo recht viel Mist liegt. Und so sehe ich denn dem vom Schweizervolk angeblich produzierten Mist mit Gleichmut entgegen. **Die Schweiz wird zeigen, dass sie nicht erpressbar ist, und die Welt wird unser Nein mit Bewunderung zur Kenntnis nehmen.** Sie wird sehen, dass da nicht Politiker bestimmen, die sich erpressen lassen, sondern **dass ein unabhängiges und souveränes Volk das letzte Wort hat.** Damit wird sich unser Kleinstaat Respekt verschaffen - ganz im Sinne des vor hundert Jahren verstorbenen grossen Kulturhistorikers Jacob Burckhardt: **"Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatsangehörigen Bürger im vollen Sinne sind."**⁹⁷

⁹⁶ Muschg, Adolf: Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt, Frankfurt am Main 1997, S. 24.

⁹⁷ Burckhardt, Jacob: Weltgeschichtliche Betrachtungen, Gesamtausgabe, hrsg. von Albert Oeri und Emil Dürr, Bd. 7, Basel 1929.